

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonparatelle 80 Pf., Reklamezeile 6 M., Ermäßigungen nach Tarif.
Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 535. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Massenaufmarsch für Frieden

Deutsch-französische Verständigung / Bastardbündnis gegen Preußen

Die Sozialdemokratische Partei Berlins hat mit ihrer Kundgebung, die sie gestern im Stadion Neuföln gegen Krieg und Völkerverhetzung, für Frieden und Völkerverständigung veranstaltete, gezeigt, daß sie auf der Wacht steht. Das weite Rund des Stadions füllte sich schon eine Stunde vor Beginn der Kundgebung. Das Straßenbild der Arbeitervorstadt Neuföln war gekennzeichnet durch die Massen, die in siegesgewisser Ruhe von den Anmarschstraßen herbeiströmten. Nicht der glühende Sonnenbrand des Augustsonntags, nicht die Sehnsucht, herauszukommen aus der Steinwüste der Millionenstadt, nicht kreischendes Gebell der Reaktionen rechts und links, hielten unsere Parteigenossen ab. Rund 30 000 Menschen waren es, die sich eingefunden hatten.

Aber nicht nur das überfüllte Stadion ist der Beweis für die nicht zu erschütternde Stupkraft der Berliner Sozialdemokratie, nein, die Zusammenarbeit zwischen alt und jung, zwischen kulturellen, sportlichen und politischen Kräften der Partei, die sich gestern wieder offenbarte, sagt viel mehr. Diese Arbeiter im Sonntaganzug, diese Frauen im schlichten Kleide, diese Angestellten und Beamten, diese Alten im weißen Haar und diese Jungen, Mädels und Burschen in blauen Blusen, diese kraftstrotzenden Menschen im Sportdreh, das alles ist die Partei der Arbeit! Die Sozialdemokratie ist jung und frisch, und wie sie Sozialistengesetz und Kaiserreich, Rapp-Putsch und Bürgerbräu-Putsch überwand, so wird sie auch das Triumvirat Hitler-Hugenberg-Thälmann überwinden.

Politisch waren es zwei Dinge, die bei dieser gewaltigen Kundgebung der Berliner Sozialdemokratie im Vordergrund standen. Der Wille zur Verständigung mit Frankreich und auf der anderen Seite der leidenschaftliche Zorn über den abscheulichen Arbeiterverrat der Kommunisten. Immer wenn Siegfried Aufhäuser die Notwendigkeit des deutsch-französischen Einverständnisses betonte, immer wenn Genosse Grumbach-Paris an die beiden benachbarten Völker appellierte, setzte tösender Beifall ein. Als dann der Berliner Parteivorstand mit dem französischen Abgeordneten Grumbach auf der Tribüne stand und ein Hoch auf die deutsch-französische Verständigung ausbrachte, da währte es Minuten, bis sich der Beifall der Massen, die sich wie ein Mann von den Plätzen erhoben hatten, legte. Nachher fand der preussische Landtagsabgeordnete Otto Meier immer dann den stärksten Applaus, wenn er den kommunistischen Verrat in seiner ganzen Nacktheit geißelte.

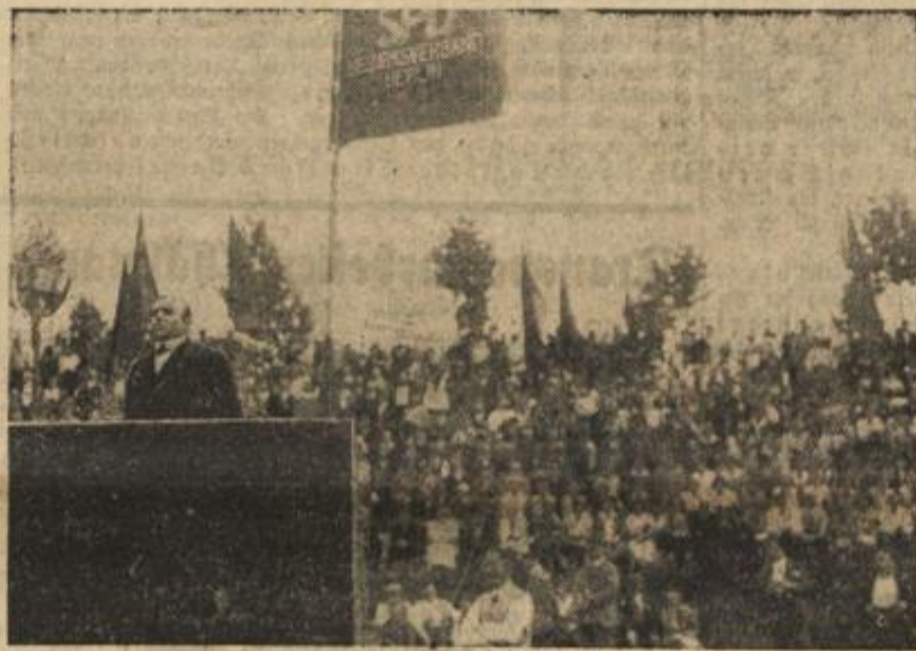
Die Sozialdemokratie kann auf diese erhebende Kundgebung stolz sein. Die Gegner aber mögen sich gesagt geben lassen, daß, wer die Sozialdemokratie angreift, auf Granit beißt.

*

Schon um 14½ Uhr war das große Stadion besetzt. Als die Kundgebung begann, war kein Platz mehr frei, als sie endete, standen hunderte hinter den Galerien. Stürmisch begrüßt ward der Einmarsch der roten Fahnen, die von Sportlern und Jugendgenossen getragen wurden. Ueber dem Platz kreiste ein Flugzeug des Sturmvolgels, des Flugverbandes der Werktätigen. Unsere trefflichen Arbeiterführer leiteten die Kundgebung ein. Dann sprach Genossin Martha John mit Hingabe und Leidenschaft aufrüttelnde Worte. Danach nahm der Vorsitzende der Berliner Partei,

Franz Künstler,

das Wort: „In erster Stunde richtet die deutsche Sozialdemokratie am denkwürdigen Tage des Kriegsausbruches einen Kampf- und Mahnruf an die Massen. Wir wenden uns nicht nur gegen die Kriegsheher in allen Ländern, nein, wir sagen im besonderen den Kampf an dem Dreibund Hugenberg-Hitler-Thälmann. (Stürmische Zustimmung.) Die ganze Welt, das gesamte internationale sozialistische Proletariat blickt auf uns, in der Hoffnung, daß wir am kommenden Sonntag den Volksfeinden eine gewaltige Niederlage zufügen.“



Der Aufmarsch im Stadion

Grumbach am Rednerpult

Brüderlich wollen wir in sozialistischer Schlagkraft und proletarischer Solidarität Hand in Hand zusammenschließen. Ueber dem Kampfbanner von 1848 muß die rote Sturmflagge der Sozialdemokratie wehen. Ich begrüße unseren französischen Freund Grumbach, und habe darüber hinaus den Auftrag vom Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Genossen Emile Vandervort (Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Er ist zufrieden!

Adolf Hitler schreibt am 1. August im „Völkischen Beobachter“ wörtlich:

„Ich war noch nie in meinem Leben so aufgeräumt und innerlich zufrieden, wie in diesen Tagen.“

Gebt dieses Wort millionenfach weiter:

- sagt es den Millionen Erwerbslosen,
- sagt es den hungernden Unterstützungsbeziehern,
- sagt es den Kriegsoptionen, denen die Rente verkürzt worden ist,
- sagt es den kleinen Beamten, die unter fortgesetzten Abzügen ihrer kargen Bezüge zu leiden haben,
- sagt es den Sparern, die vergeblich auf die Auszahlung ihrer Notgroschen warten,
- sagt es den Gewerbetreibenden, die von der Vernichtung ihrer Existenz bedroht sind,

Sagt es allen:

Das Volk leidet und klagt, aber Hitler ist aufgeräumt und zufrieden!

Laßt ihn und seinesgleichen beim Volksentscheid allein!

Krieg gegen Schupo.

Planmäßige Vorbereitung der Schießerei im Osten.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: In der Nähe der Stelle, an der am 30. Juni der Polizeihauptwachmeister Kuhfeld von kommunistischen Demonstranten erschossen wurde, im am 1. August der Polizeihauptwachmeister Fiebig bei gleicher Gelegenheit lebensgefährlich verletzt worden. Die Kommunisten hatten dem Demonstrationsverbot zuwider für den 1. August Straßendemonstrationen unter der Parole „Für den Roten Volksentscheid! Für die Verteidigung der Sowjetunion! Für die proletarische Einheitsfront im Kampfe um Sowjetdeutschland!“ ausgerufen. In den ersten Nachmittagsstunden bildeten sich an zahlreichen Stellen Demonstrationstrupps, die dem Innern der Stadt zuströmten, meist aber rechtzeitig von der Schutzpolizei, stellenweise unter Waffenanwendung, zerstreut werden konnten. In der Frankfurter Allee trat Fiebig mit anderen Schutzpolizisten einem Demonstrationstrupp entgegen. Die weitere Entwicklung war ganz ähnlich dem Vorkommnis am 30. Juni. Die Kommunisten, die, vorheriger Anweisung gemäß, nicht in der üblichen kommunistischen Tracht, sondern in besonders guter Kleidung sich befanden,

gingen in „Anstellung“, nahmen die Beamten „aus Korn“ und schossen wie feinerzeit Kuhfeld so auch jetzt den Beamten Fiebig ab.

Die Beamten und die hinzueilende Unterstützung wurden von den Demonstranten mit Steinen beworfen, beschimpft und an der Verfolgung des Schützen gehindert. Die planmäßige Vorbereitung zeigte sich auch, als die Beamten in einer nahegelegenen Gastwirtschaft durch den Fernsprecher Unterstützung herbeirufen wollten. Die Telefonverbindung war auffallendweise gerade in dem Augenblick durchschnitten oder sonstwie gestört worden. In der Nähe der Straßenkreuzungen waren von den Kommunisten Posten aufgestellt worden, die hin- und herpostulierten und den Demonstranten Anweisungen erteilten. Dies Verhalten ließ die von den Kommunisten betriebene „militärische Ausbildung“ erkennen. Insgesamt sind 51 Personen der Abteilung I A zugeführt worden.

Sozialdemokrat vor seiner Wohnung überfallen.

Der Leiter der 53. Abteilung, Genosse Schmidt, der infolge seiner hervorragenden Werbetätigkeit als Ehrengast dem Leipziger Parteitag beiwohnte, erstreckt sich offenbar nicht der besonderen Sympathie der „revolutionären“ Volksentscheids-Enthusiasten. Als unser Genosse sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in seine Wohnung begeben wollte, Erasmus-Ede Beußelstraße, wurde er von „revolutionären Kämpfern“ umringt. Die Bravos hatten unseren Genossen aufgelauert, und ihm „eine proletarische Abreibung“ zusetzen zu lassen, ihn „Frankenhaustreis“ zu machen.

Fünfzehn gegen einen! Fünfzehn tapfere Volkswacht!

Scheidungskämpfe gegen einen Sozialdemokraten. Unserem Genossen Schmidt wurde der Arm ausgekugelt. Die weitere Untersuchung seines körperlichen Befunds wird ergeben, ob damit Knochenverletzungen verbunden sind.

Das selbe Gefindel mag sich zunächst des Erfolges seiner Heldentat erfreuen.

Befinden des niedergeschossenen Schupo.

Im Befinden des von den Kommunisten schwer verletzten Schupohauptwachmeister Fiedig ist seit der vergangenen Nacht eine leichte Besserung zu konstatieren. Die Kugel hatte die Lunge getroffen und war unmittelbar am Herzbeutel stecken geblieben. Wie wir aus dem Krankenhaus erfahren, ist der Zustand Fiedigs den Umständen nach zufriedenstellend.

Im Verlaufe der Zwischenfälle in der Frankfurter Allee war ein junger Mann von einer Kugel der von allen Seiten hart bedrängten fünf Schupobeamten getroffen worden. Der Verletzte, der jetzt als ein 20jähriger Rudi Töffel aus der Kronprinzenstraße in Lichtenberg festgestellt wurde, ist bereits auf dem Wege ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Außerdem hat noch, wie erst nachträglich bekannt wird, ein Demonstrant einen Steckschuß in die Hand erhalten.

„Rote Fahne“ verboten.

Auf eine Woche.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Sonntagsausgabe der „Roten Fahne“ beschlagnahmen lassen und das Blatt sogleich auf sieben Tage verboten.

Das Blatt hatte es fertig gebracht, die blutigen Vorgänge während der Sonnabenddemonstrationen und das planmäßige Abschließen der Polizeibeamten als „rote Selbsthilfe“ zu verherrlichen.

Kriegsspiele auch im Reich.

Blutiger Antikriegssonntag.

Halle, 3. August. (Eigenbericht.)

Eine von den Kommunisten veranstaltete Kundgebung in Halle nahm einen blutigen Verlauf. Es kam zu einem schweren Zusammenstoß zwischen den Demonstranten und der Polizei, in dessen Verlauf ein Polizeibeamter durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt wurde, 16 Polizisten wurden durch Steinwürfe und Stockschläge mehr oder weniger schwer verwundet. Auf der Seite der Demonstranten waren fünf schwer verletzte zu verzeichnen, die von Arbeiterkameraden ins Krankenhaus geschickt werden mußten. Außerdem wurden 63 Leichtverletzte von Sanitätern behandelt.

Dass die ganze Aktion von der kommunistischen Partei planmäßig vorbereitet war, geht daraus hervor, daß die Arbeiterkameraden entgegen der Gewohnheit in größerer Stärke angefordert war und der Rest in Alarmbereitschaft gehalten wurde.

Zwei Tote in Wittstock.

Wittstock, 3. August.

Bei einer nationalsozialistischen Kundgebung kam es am Sonntag zu einer wilden Schießerei. Ein Nationalsozialist und ein Unbeteiligter wurden erschossen; fünf Personen schwer verletzt. Als einer der Revolverhüben wurde ein Kommunist verhaftet.

Leipzig, 3. August.

Zwei Nationalsozialisten wurden in den ersten Morgenstunden in Leipzig auf der Heimkehr überfallen, von den Räubern geworfen und schwer mißhandelt. Einer der Überfallenen, der zu flüchten versuchte, wurde durch einen Bauchschuß niedergestreckt.

Schwere Zusammenstöße in St. Pauli.

Hamburg, 3. August.

Im allgemeinen ist der Sonnabend ruhig verlaufen. In den Nachstunden zum Sonntag ereignete sich jedoch ein erster Zusammenstoß in St. Pauli. Hier griffen etwa 250 Demonstranten einschreitende Polizeibeamte an. Zwei Ordnungspolizisten wurden erheblich mißhandelt. Die Beamten machten schließlich von der Schußwaffe Gebrauch. Ein 14jähriger Knabe und ein 48jähriger Dreher erlitten Oberschenkelwunden und wurden in ein Krankenhaus gebracht. Mehrere Demonstranten sind festgenommen worden.

Devisenzufluß bei der Reichsbank.

Der letzte Ausweis vor der Diskonterhöhung.

Die Reichsbank veröffentlicht jetzt ihren Ausweis vom 31. Juli. Infolge des Zahlungsmittelbedarfs zum Monatsende sind an Wechsel- und Lombardkrediten 486,3 Millionen neu gewährt worden. Ende Juni stellten sich die zum Ultimo beanspruchten Kredite auf 520,9 Millionen Mark. Neu in den Verkehr gestellten sind an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen 268,5 Millionen, so daß sich der Notenumlauf auf 4,87 Milliarden erhöhte.

Auffallend ist die anhaltende starke Vermehrung der fremden Gelder auf Girokonto, die nach dem Zuwachs auf 520,9 Millionen in der Vormonatsperiode auf 833,8 Millionen gestiegen sind, also einen Rekordstand aufweisen. Hierin kommt vor allem die Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zum Ausdruck.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben einen Zuwachs um 97,3 auf insgesamt 1609,6 Millionen Mark erfahren. Die Goldbestände sind auf Grund des Abkommens mit Bayern um 10,5 Millionen Mark gestiegen, während die Zunahmen bei den deckungsfähigen Devisen 86,8 Millionen betragen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen stellt sich wie in der Vorwoche unverändert auf 36,1 Proz.

Die Kredithilfe ohne Ost-Loarno.

Reichsregierung berichtigt den „Angriff“.

Der „Angriff“ vom Sonnabend veröffentlicht auf Verlangen der Reichsregierung deren Feststellung, daß der englische Außenminister Henderson keinerlei Druck in der Frage des Abschlusses eines Ost-Loarno ausgeübt hat. „Weder Mr. Henderson noch eine andere Persönlichkeit, mit der in den letzten Wochen Besprechungen gepflogen worden sind, haben an die Reichsregierung auch nur ähnliche Zumutungen gestellt. Damit stellen sich auch alle an diese Behauptung geknüpften Schlussfolgerungen als reine Kombination dar.“

Mit dieser amtlichen Feststellung der Reichsregierung ist einer doppelten Heße der Boden entzogen worden. Es ist erstmals festgestellt, daß kein der sozialistischen Internationale angehörender

Gescheitertes Volksbegehren

Niederlage der Rechtsparteien. — Guter Auftakt für Preußen!

Die Rechtsparteien in Anhalt, Nationalsozialisten, Deutschnationale, Landvolk, Volkspartei, Wirtschaftspartei, und ihre Hilfsorganisationen, S.-U., Stahlhelm und Landbund, haben kurz nach der Verabschiedung des diesjährigen Haushalts ein Volksbegehren mit dem Ziele der Landtagsauflösung eingeleitet. Nach dem anhaltischen Gesetz mußten sie ein Drittel der bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten (Mai 1928) aufbringen, von 231 361 Wahlberechtigten also 76 987 Einzeichnungen. Die hinter dem Volksbegehren stehenden fünf Parteien hatten bei der letzten Reichstagswahl am 14. September vorigen Jahres in Anhalt 97 157 Stimmen erzielt, das Volksbegehren war also um so aussichtsreicher, als der Aktion die gesamte bürgerliche Presse Anhalts zur Verfügung stand. Trotzdem haben die Volksbegehrier ihr Ziel nicht erreicht. Sie haben bisher 71 523 Einzeichnungen erhalten; es steht nur noch das Ergebnis weniger Orte mit insgesamt 2266 Wahlberechtigten aus, die nach dem erzielten Durchschnitt etwa noch 500 Einzeichnungen haben dürften, so daß statt der erforderlichen rund 77 000 nur 72 000 Einzeichnungen erfolgt sind. Es haben also, gemessen an dem Wahlergebnis der Reichstagswahlen, rund 25 000 Wähler der Rechtsparteien der Aktion ihre Gefolgschaft verweigert.

Diese Niederlage ist um so bemerkenswerter, als die Rechtsparteien begrifflicherweise nichts unversucht gelassen haben, um die verhasste sozialdemokratisch-demokratische Regierung zu beseitigen. Keine Mühe war unnützlich, keine persönliche Berührungsführung der Sozialdemokraten schädlich genug, als daß sie nicht von den Volksbegehrrpartei vorgebracht worden wäre. Eine demokratische Presse gibt es in Anhalt nicht mehr, so daß die journalistische Abwehr des Volksbegehrens ausschließlich durch die allerdings stark verbreiteten vier sozialdemokratischen Zeitungen erfolgen mußte. Das gleiche Bild zeigte die Versammlungstätigkeit. Hierbei tat sich auf der Seite der Volksbegehrier besonders die Nationalsozialisten hervor, die ihre eigenen Versammlungen veranstalteten und dabei auch ihre volksparteilichen Bundesgenossen mit Beschimpfungen nicht verschonten. Volkspartei, Deutschnationale, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und deren Stahlhelmhelfstruppe gingen mit gemeinsamen Kundgebungen vor. Die Versammlungen und Kundgebungen gegen das Volksbegehren wurden ausschließlich von der sozialdemokratischen Partei veranstaltet.

Es hatten sich erfreulicherweise Mitglieder des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zur Verfügung gestellt, deren Referate in der Regel durch einen zweiten anhaltischen Redner ergänzt wurden. Unsere Versammlungen waren mit geringen Ausnahmen trotz der sommerlichen Hitze und der Erntearbeit ausgezeichnet besucht und brachten in unseren Abwehrkämpfen eine lebhafteste Bewegung. Außerdem hat unsere Partei ein die Ligen der Volksbegehrier erschöpfend behandelndes Flugblatt verbreitet, das nahezu in jede Familie des Landes getragen worden ist.

Für die Rechtsparteien ist die Niederlage natürlich eine schwere Enttäuschung — es fehlten in der Presse und in den Versammlungen nicht die Hinweise auf Preußen, für dessen Volksentscheid am 9. August der Sieg der anhaltischen Volksbegehrrfront ein ermutigender Auftakt sein sollte. Die Nationalsozialisten sahen sich schon in Anhalt regieren; nach den Mißerfolgen in Thüringen und Braunschweig hätten sie sich zu gern in den kleinen, aber finanziell gut sitzenden Lande Anhalt festgesetzt. Ebenso ist es bei der Volkspartei, die in Anhalt infolge der glorreichen „Führung“ durch einen mildgewordenen Oberlehrer und einen ungemein ehrgeizigen Rechtsanwalt weit rechts von den Deutschnationalen steht. Sie wäre zwar bei einer jetzt erfolgenden Landtagswahl, wie die Septemberwahlen gezeigt haben, nahezu völlig von den Nationalsozialisten aufgesogen worden, aber der Haß gegen die Sozialdemokratie überwiegt eben auch bei der Volkspartei in Anhalt alle anderen Erwägungen. Die Kommunisten haben sich während der Aktion ganz still verhalten. Aus einzelnen Orten wird zwar berichtet, daß sich auch Kommunisten einbezogen hätten, doch kann es sich, wenn diese Meldungen sich bestätigen sollten, nur um vereinzelte Fälle handeln.

Die anhaltische Sozialdemokratie, deren Mitglieder in diesem Kampfe eine höchst erfreuliche und ausopfernde Tatkraft entfaltet haben, freut sich verständlicherweise, daß sie

gerade eine Woche vor dem preussischen Volksentscheid einen so ermunternden Auftakt

liefern konnte. Wenn es sich auch um eine Aktion in einem sehr kleinen Bundesstaate gehandelt hat, so war doch deshalb der Kampf nicht weniger erbittert, und wir können die Niederlage der fünf vereinigten Rechtsparteien gegenüber der einigen, aktiv hervorgetretenen Sozialdemokratie durchaus als einen großen Erfolg unserer Partei betrachten! Gerh. Seger.

Transportarbeiter Thälmann



... wieder mal bei der Arbeit!

Außenminister der deutschen Regierung zugemutet hat, eine internationale Finanzhilfe mit politischen Konzessionen zu erkaufen; damit wird auch von dieser Seite bestätigt, daß die in Wien formulierten Entschlüsse des Internationalen Kongresses, die sich gegen politische Bindungen Deutschlands wenden, von allen Sozialisten eingehalten werden. Zweitens aber wird zugleich, und das ist für die Verständigung mit Frankreich wichtig, festgestellt, daß auch von dieser Seite aus, d. h. von der französischen Regierung, derartige Zumutungen nicht gestellt worden sind. Das ist gegenüber der in dieser Richtung kürzlich in Frankreich geführten Pressenkampagne festzustellen wichtig.

Neuer Bahnfrevel bei Magdeburg.

Anschlag auf einen Personenzug.

Magdeburg, 3. August.

Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Strecke Braunschweig—Magdeburg in der Nähe des Bahnhofs Weddel wieder ein Bahnfrevel begangen worden.

Von der Lokomotive des Personenzugs 421 wurde ein Werkzeugaßten der Bahnhofserei Schandlach, der auf die Schienen gelegt war, erfährt und bis zum Bahnhof Weddel mitgeschleift. Hier erst ging die Kiste in Trümmer. An dem Zug wurde kein Schaden angerichtet. Aus Anlaß dieses Attentats bemerkt die Reichsbahndirektion Magdeburg, daß die seinerzeit für die Aufklärung der früheren Anschläge gegen Reichsbahnanlagen in der Braunschweiger Gegend ausgegebene Belohnung von 10 000 M. auch heute noch Gültigkeit hat.

Wirtschaftspartei zerbröckelt.

Sämtliche sächsischen Wahlkreise abgeplittert.

Der Landesauschuh Sachsen der Wirtschaftspartei hat am Sonntag in Dresden einstimmig beschloffen, mit seinen drei Wahlkreisen, seinen Ortsgruppen, sämtlichen sächsischen Landtagsabgeordneten und seinen Reichstagsabgeordneten aus der Wirtschaftspartei auszureiten.

Man kam überein, bis zur Vereinfachung mit anderen deutschen Wahlkreiszorganisationen als „Sächsische Wirtschaftspartei“ die politische Arbeit fortzuführen.

Lufmord an Vierjähriger.

Der mutmaßliche Täter verhaftet.

Einem juchhabenden Verbrechen ist die Polizei in der kleinen Ortschaft Alexanderdorf im Kreise Teltow auf die Spur gekommen. An der Chaussee, die von Alexanderdorf nach Kummerdorf führt, wurde am Rande einer Schonung das vierjährige Töchterchen des Landarbeiters Braun ermordet aufgefunden. Die anfängliche Vermutung, daß an dem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden sei, fand durch die ärztliche Untersuchung seine Bestätigung.

Schon wenige Stunden nach Auffindung der kleinen Leiche wurde unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft der 33 Jahre alte Schlosser Gustav Lohse aus Alexanderdorf festgenommen. L. ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder. Der mutmaßliche Täter ist in das Amtsgericht nach Jossen gebracht worden. Bisher hat Lohse, der wegen Sittlichkeitsdelikte bereits vorbestraft ist, noch kein Geständnis abgelegt. Die Indizien sprechen jedoch stark gegen ihn; am Sonnabend ist Lohse mit dem Kinde gesehen worden. Sein Alibi ist völlig mißglückt. Das unglückliche Kind ist erdroffelt worden, nachdem sich der Mörder vorher an ihm vergangen hatte. Die Leiche lag in einer Sandkiste und war nur leicht verscharrt. Offenbar hat den Täter derart das Entsetzen gepackt, daß er davoneilte, ohne die Spuren seines Verbrechens völlig zu beseitigen.

Ein größeres Polizeiaufgebot beteiligte sich an der Suche nach dem vermißten Kinde, die nach stundenlangen Bemühungen auch von Erfolg war. Die Polizei nimmt an, daß sich der Täter unter der Wucht des geradezu erdrückenden Indizienmaterials bald zu einem Geständnis bequemen wird.

Edison schwer erkrankt.

New York, 3. August.

Der Gesundheitszustand Edisons hat sich plötzlich sehr verschlechtert. Die Ärzte zeigen sich zurückhaltend. Es verlautet sogar, daß der Zustand des großen Erfinders hoffnungslos sei. Drei Ärzte sind beständig an seinem Krankenbett.

Erbitterung der Sparer

über die Benachteiligung gegenüber den Bankgläubigern.

Auf Grund einer Verordnung des Reichskabinetts werden in der Woche vom 3. bis zum 8. August an die Inhaber von Sparkassenkonten einmalig Beträge bis zu 50 Mark ausbezahlt. Die Möglichkeit, bei entsprechendem Kontostand diese erhöhte Summe abheben zu können, hat jedoch zu keinem nennenswerten Andrang der Sparer geführt. Es haben sich auch am heutigen Montag vor der Hauptkasse am Mühlendamm keine Ansammlungen mehr gebildet, so daß man nunmehr hier auf eine polizeiliche Sicherung des Auszahlungsverkehrs verzichten konnte.

Ebenso hat sich in den Außenbezirken die Lage weiterhin beruhigt. Die Schlangen, die im Süden der Stadt noch während der 30-Mark-Zahlungsgrenze zu treffen waren, sind verschwunden. Nur vor einzelnen Kassen haben sich zwanzig bis dreißig Personen angeammelt, die auf Abfertigung warteten. Auch vor den Sparkassen im Norden der Stadt sind die verhältnismäßig kleinen Ansammlungen keineswegs mehr mit denen der vorhergegangenen Wochen zu vergleichen. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die ersten Morgenstunden den Hauptandrang der Sparer bringen, in den Mittagstunden schon ist die Lage meist so, daß das abhebbende Publikum ohne Warten abgefertigt werden kann. Aller Voraussicht nach wird sich noch im Laufe der Woche der Andrang weiterhin verringern.

Diese ruhige Situation, die sich aus einer ständigen Beobachtung des Sparerpublikums ergibt, schließt aber nicht aus, daß auf den einzelnen Kassen, vor allem auf der Hauptkasse am Mühlendamm, recht erregte Besprache geführt werden über die Benachteiligung der Sparer gegenüber den Inhabern von Bankkonten. Mit Recht sagt das Publikum, daß sie keine Gläubiger zweiten Ranges wären.

Die Kundgebung für den Frieden

Keine Stimme dem Volksentscheid!

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Welche, die Wünsche und Grüße der gesamten Internationalen zu überbringen. (Stürmischer Beifall.) Die prächtigen Kämpfer aus dem roten Wien haben mich durch den Mord des Genossen Julius Deutsch, den Berlinern ihre zuverlässigen Wünsche für den siegreichen Ausgang unseres harten Kampfes zu übermitteln."

Hierauf nahm das Wort Reichstagsabgeordneter

Siegfried Kuffhäuser:

„Wenn in diesen Tagen die Arbeiter aller Länder sich zu gewaltigen Kundgebungen vereinen, um gegen neue Kriege und für den Frieden zu demonstrieren, so sind wir uns bemüht, daß diesmal



Der Aufmarsch der Fahnen

unsere Antikriegskundgebung mehr als eine Propagandaveranstaltung bedeutet. Heute ist die Völkerverständigung zur Lebensfrage für Deutschland geworden. Die kapitalistischen Kräfte, die 1914 den großen Weltbrand entzündet haben, sind auch heute wieder in den Ländern Europas am Werk, um unter dem Deckmantel des Nationalismus faschistische Stoßtrupps gegen die sozialistische Arbeiterschaft zu organisieren. Da ist das Bekenntnis zur Wahrheit im eigenen Lande erste und oberste Pflicht. Nur wenn das deutsche Volk den Bekennermut aufbringt, zu zeigen, daß

dieses neue Deutschland den realistischen Trennungsstrich zu den herrschenden Gewalten des alten, absolutistischen Deutschlands zu ziehen entschlossen ist, kann die Solidarität, die unsere Bruderparteien fordern auf dem internationalen Sozialistenkongress in Wien zum Ausdruck bringen, wirksam werden.

Machen wir uns klar, daß die kaiserlichen Politiker, Generale und Wirtschaftsführer, die vier Jahre lang „gestiegen“ hatten, die Schuldigen sind, wenn heute Millionen von Volksgenossen an der Grenze des Hungers stehen und mahloles Elend erleiden. Der Geist von 1914 geht wieder einmal bei uns um. Aber es war die deutsche Sozialdemokratie, die mit Unterstützung unserer Bruderparteien von Frankreich, Belgien und England allmählich in zähen Ringen den Geist des Völkerverhasses durch eine Atmosphäre des Vertrauens erzeugen konnte. Wir bitten den Genossen Grumbach,

unseren französischen Kameraden brüderlichen Dank für den Mut zu übermitteln, den sie in all den Jahren gegenüber den Nationalisten in Frankreich eingenommen haben. (Stürmischer Beifall.)

Trotz des Hoover-Planes war der Zusammenbruch des Monopolkapitalismus unvermeidlich. Aber so, wie das Schloß der Vahusen, diese Residenz des „Dritten Reiches“, unter den Hammer kam, so ist die Niederlage des Kapitalismus die erste große Niederlage des deutschen Faschismus. Die Verfechter einer schrankenlosen freien Wirtschaft haben sich hilflos unter die Fittiche des Reiches begeben. Die Reichsregierung hat geholfen, aber nicht gereinigt. Wir protestieren, daß Reichsgelder an die Großbanken gegeben werden, ohne daß die schuldigen Bankdirektoren entfernt werden und der Einfluß des Reiches gesichert, die Kontrolle eingeführt wird. (Stürmische Zustimmung.) Es ist eine grobe Irreführung des Volkes, wenn der Eindruck erweckt werden soll, es könne die sogenannte nationale Selbsthilfe irgendwie ausreichen, das wieder gut zu machen, was die deutschen Wirtschaftsführer in den letzten Monaten verwirklicht haben.

Es genügt keineswegs, den Kreditverkehr technisch wieder herzustellen.

Uns kommt es darauf an, daß die arbeitende Bevölkerung wieder leben kann. Arbeit und Brot aber können nur geschaffen werden, wenn die reichen und die armen Länder den Ausgleich suchen und finden. Die Finanzhilfe für Deutschland ist aber nicht zu trennen von einer außenpolitischen Verständigung. Und hier liegt der Schlüssel bei Frankreich. Es kann den Bereitschaftswillen im französischen Volk nicht fördern, wenn Stahlhelmparaden, Kavallerietage und faschistische Umtriebe geduldet werden. (Stürmische Zustimmung.) Wer wirklich nationale Politik betreiben will, muß in dieser Stunde eine aktive Außenpolitik im Sinne der Verständigung mit Frankreich und der Welt verlangen. Deutschland muß die Sprache der Welt verstehen und in Deutschland muß eine politische Sprache gesprochen werden, die von der Welt verstanden wird. In diesem Sinne wendet sich unsere Antikriegskundgebung an die Regierung Brüning. Der Reichskanzler muß sich entscheiden. Er muß sich in die Front der Friedensfreunde und endlich mutig gegen die Nationalisten aller Färbungen stellen. Die Pendel der Dinge werden als Regierungspartner ist unerträglich geworden. Wir warnen mit dem Schlagwort von der nationalen Selbstbehauptung wiederum in eine Isolierung Deutsch-

lands hineinzurudern. Die deutschen Arbeiter haben von 1914 her noch die Nase voll. Die

Annäherung Deutschlands und Frankreichs kann nicht nur ein Geldgeschäft sein.

Sie muß politisch fundiert sein. Heran an Frankreich, nicht um zu morden und zu sprengen, nein, um gemeinsame Aufbauarbeit zu leisten zur Befriedung der Völker. Krieg den Nationalisten im eigenen Lande, das ist der Weg zum Völkerverfrieden. (Erneute anhaltende Zustimmung.) Nur auf diesem Wege werden die Befreiung von Reparationszahlungen, die Streichung der Kriegsschulden und der Beginn eines neuen Lebens der Völker möglich sein. Der letzte Krieg wird erst dann beendet sein, wenn die verheerenden Vorbereitungen zu neuen Kriegen ihr Ende gefunden haben werden. Nur die Abrüstung sichert den Arbeitern, Angestellten und Beamten die Sozialpolitik. Die deutsch-französische Verständigung ist der Anfang zum Weg ins Freie. Die französischen Staatsmänner wollen nach Berlin kommen. Wir Arbeiter laden die französischen Arbeiterführer ein, zu uns zu kommen. Wir müssen zusammen, um die große Kraft der internationalen Sozialdemokratie wirksam werden zu lassen, die allein das Glück der Menschheit bringen wird. Nie wieder Krieg, Kampf dem Kapitalismus und Sieg dem Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Als zweiter Redner nahm der preußische Landtagsabgeordnete

Otto Meier:

das Wort:

„Diese Reaktion, die vor dem Kriege im Banne des imperialistischen Nachtgedankens stand, die den Kriegsausbruch herbeiführte, förderte und am 2. August 1914 jubelnd begrüßte, die 4 1/2 Jahre hindurch unjähliches Elend über Deutschland brachte und die schließlich 1918 an ihrer eigenen Unfähigkeit zusammenbrach, sammelt jetzt beim Volksentscheid ihre Kräfte, um den entscheidenden Stoß gegen die deutsche Arbeiterklasse zu führen.

Das ist das Entscheidende, daß es sich bei diesem Volksentscheid nicht allein darum handelt, den Landtag neu zu wählen, sondern, daß sich hinter den Parolen „Kampf gegen die Demokratie“ und „Fort mit den sozialpolitischen Errungenschaften“ verbirgt der

Generalkurs gegen den politischen Bestand, gegen das politische Dasein der deutschen Arbeiterklasse

überhaupt. (Stürmischer Beifall.) Dieses letzte Ziel verbarg sich hinter dem Kapp-Putsch 1920, diesem Zwecke diente die jahrelange gemeine, heimtückische und niederträchtige Hezklampagne gegen die Exponenten des demokratischen Systems und die Erfindung des heuchlerischen Schlagwortes von der Fäulnis der Republik. Die Regierung Otto Braun soll gestürzt werden, um mit ihr die letzte Grundlage für den politischen Einfluß der deutschen Arbeiterklasse zu beseitigen.

Der beispiellose Haß der Volksfeinde gegen die preußische Regierung wird begreiflich, weil das demokratische Preußen der Reaktion den Weg zur Macht in Deutschland versperrte. In all den Zeiten der Irrungen und Wirrungen der Reichspolitik war die Regierung Otto Braun der ruhende Pol in der Erscheinungen. Deshalb der Schlagwurf: Heran an Preußen! mit der Begründung, daß der Weg zur Macht im Reiche nur über Preußen geht. Deshalb der Sturm auf diese Bastion, weil damit der politische Einfluß des Junkertums und der Schwerindustrie wie in der Vorkriegszeit wieder hergestellt und die deutsche Arbeiterklasse zur politischen Einflusslosigkeit zurückgeworfen werden soll.

Die Reaktionen aller Schattierungen haben den Zeitpunkt ihres

Frankreich an Deutschland

Als nunmehr Genosse Grumbach-Paris zusammen mit dem Genossen Künstler die Rednertribüne betrat, und Genosse Künstler ein Hoch auf die deutsch-französische Verständigung ausbrachte, erhoben sich die Dreißigtausend von den Plätzen, um begeistert einzustimmen und immer wieder ihrer Freude über den Besuch des französischen Genossen Ausdruck zu geben.

Grumbach,

dessen Ausführungen in deutscher Sprache von glühender Leidenschaft zum Frieden getragen waren, sagte:

„Im Namen aller französischen Genossen spreche ich zu euch. In Gefinnungsgemeinschaft und Freundschaft. Ich gebe euch die Versicherung, eure Sorgen sind unsere Sorgen, eure Kämpfe sind unsere Kämpfe, eure Hoffnungen sind unsere Hoffnungen. Dem Weltkrieg, diesem unerhörten Verbrechen der Weltgeschichte, fielen dreizehn Millionen Menschen zum Opfer. Aber nie tiefer, als gerade jetzt, haben die Völker Europas, haben das französische und das deutsche Volk, die deutschen und die französischen Sozialisten empfunden, wie notwendig die endliche Ausschaltung des jahrhundertelangen Mißtrauens zwischen Frankreich und Deutschland ist. Deutschland steht unter dem Druck all dessen, was als Folge des Krieges und seines Ausganges auf ihm lastet, unter dem Druck der hohen auferlegten Zahlungen, und auch einer Nationalisierung, die ohne Rücksicht auf die Menschen durchgeführt wurde, und des schädlichen Schaltens und Wälzens einer allzu profitgierigen Großindustrie. Millionen sind am Abgrund und das Gespenst der Arbeitslosigkeit drückt immer breitere Massen. Aber die siegreichen Länder fühlen, allen Siegen und allen Goldschätzen zum Trotz, daß der Zusammenbruch Deutschlands auf die Dauer auch ihren eigenen Zusammenbruch nach sich ziehen würde. Nur gemeinsames Zusammenstehen könne helfen. (Stürmischer Beifall.) Die deutsch-französische Verständigung ist das notwendigste Gebot.

Wir tragen den Willen zu ihr im Herzen; aber auch Verstand und kritische Erkenntnis gebieten sie. Der Kapitalismus hat Wunder der Technik vollbracht, aber das natürlichste, unerlässlichste aller Wunder, das der Verständigung der Menschen, ist ihm nicht gelungen. Flugzeuge führte er zu stolzen Höhen empor und über alle Ozeane. Rebellische Flüsse kanalisierte er und regelte ihren Lauf.

Kampfes gegen die Sozialdemokratie und damit gegen die deutsche Arbeiterschaft nicht schlecht gewährt. Die der Weltwirtschaftskrise geschuldete tiefe Arbeitslosigkeit mit ihrer psychischen Depression hat das Ergebnis der Septemberwahlen 1930 verursacht und damit den Boden geschaffen bei den ewig Unentschiedenen für ihre schamlose Demagogie: die Sozialdemokratie hat an allem schuld. Es ist ein Treppenvieh der Weltgeschichte, daß die vereinigte Reaktion mit diesem Ruf gegen uns zu Felde zieht in einem Augenblick, da die nationale Wirtschaft durch die beispiellose Mißwirtschaft der Großkapitalisten Lahusen und in der Danalbank aufs schwerste erschüttert ist. Aber es ist mehr als ein Treppenvieh, es ist

Scharfenhasteste Verräterei an der eigenen Klasse, wie sie die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung noch nicht erlebt hat,

daß sich die SPD. in diese Front der Preußenstürmer eingereiht hat. Ist die Leitung dieser Partei wirklich so blöde, daß sie nicht erkennen sollte, daß auf der Tagesordnung in Deutschland jetzt weder die Einführung des Sozialismus noch die Eroberung des Sowjetstaates steht, sondern die Abwehr des Faschismus?! Ist sie wirklich so blöde, daß sie nicht erkennt, daß der Sieg der Reaktion auch gleichzeitig die SPD. vernichten müßte! Von der Toleranz der Preußenregierung, die von den Rechts- und Linksrabiaten bestritten wird, hat die SPD. im Folle des Volksentscheides sicher den weitgehendsten Gebrauch gemacht: sie ist tatsächlich viel dämmer, als es selbst die preußische Polizei erlaubt! Vorausgesetzt natürlich, daß sie selbst glaubt, was sie über den „roten“ Volksentscheid faselt.

Ich kann jedenfalls die Gedankengänge des kommunistischen Arbeiters verstehen, der mir vor einigen Tagen erklärte, daß es ihm heute zweifelhaft erscheine, daß die SPD. allein von Rußland unterstützt werde und daß die Frage berechtigt ist, ob nicht einflußreiche Kreise der Leitung der SPD. direkt oder indirekt von der deutschen Reaktion gekauft sind.

Auf jeden Fall will die SPD. den Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden deutschen Proletariats führen. Aber auch diese verräterische Hilfe der SPD. für die Hitler- und Stahlhelmparteien wird die Sozialdemokratie nicht aufhalten, die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterschaft zu verteidigen.

In dieser Abwehrstellung gibt sie jetzt die Parole aus, daß kein deutscher Arbeiter diesen verbrecherischen Anschlag auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse Vorschub leisten darf.

Sie weiß, daß auch die kommunistischen Arbeiter vernünftig genug sein werden, sich nicht am Volksentscheid zu beteiligen. Sie brandmarkt gleichzeitig die Heuchelei der SPD., die am Tage des Kriegsausbruches vorgeben, für den Völkerverfrieden zu demonstrieren, gleichzeitig aber den schwarzweißroten Volksentscheid propagieren. Der Sieg der Volksfeinde würde nicht den Sieg des Kommunismus, sondern innere Reaktion des Faschismus, neue Kriegsgefahr und weit schlimmeres Elend bringen.

Darüber hinaus aber ruft sie den Reaktionen von rechts und links zu, daß sie in Abwehrstellung steht. Noch lebt der von Otto Bauer anlässlich der internationalen Tagung in Wien beschworene alte Kampfgeist aus der Zeit des Sozialistengeleges in ihr. Die Sozialdemokratie ist stark und mächtig genug, jeden Angriff auf die Demokratie und die politischen Existenzbedingungen der deutschen Arbeiterklasse zurückzuschlagen. Nieder mit den reaktionären Volksfeinden, nieder mit der arbeiterverräterischen SPD., es lebe die deutsche Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Der Rundfunk umkreist den Erdteil in einer Sekunde! Nur das Zusammenleben der Völker ist noch teurer für alle gültigen Friedensregel unterworfen. Am letzten 14. Juli, dem Tage der französischen Nationalfeier zum Gedächtnis der Erstürmung der Bastille, dieses Gefängnisses des Absolutismus, hatte ich Gelegenheit, mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval über die Lage in Europa zu sprechen.

Ich sagte ihm: Draußen in den Straßen von Paris ist Volksfeiertag. Die Musik spielt, die Menschen tanzen. Und zu gleicher Stunde drüben im unmittebar an uns grenzenden Nachbarstaat Deutschland Millionen von Menschen in Not und Bangen, ob nicht morgen das deutsche Wirtschaftsleben zusammenbricht. Was könnte den unerträglichen Wahnsinn der gegenwärtigen Lage päthetischer Illustrieren. Deshalb, Herr Ministerpräsident, kann das, was befiehlt, nicht so bleiben. Es muß durch Neues ersetzt werden. Das Vertrauen zwischen den beiden Völkern, das wirkliche Vertrauen, muß endlich herbeigeführt werden, damit aus der Zusammenarbeit auch Wirklichkeit werde. (Stürmische Zustimmung.)

Seit dem Ende des unseligen Nordens, Genossen, haben wir Tage hochgespannter Hoffnungen und auch Tage arger Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland erlebt. Immer wieder haben die Kräfte des Alltags die Dinge auf eine mittlere Linie zurückgeführt, auf der sich schließlich nichts Katastrophales, nie wieder Zutunmachendes ereignete, aber auf der auch nichts endgültig Nützliches aufgebaut wurde.

Diese mittlere Linie genügt nicht mehr.

Es muß endlich der sachliche und freilich große Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland gefunden werden. (Erneuter stürmischer Beifall.) Unter den Völkerverhieben weltwirtschaftlicher Not hat die neue Ära begonnen.

Zum ersten Male seit 1867 ist ein deutscher Kanzler aus Berlin nach Paris gefahren, um mit dem französischen Ministerpräsidenten sich auszusprechen. Und zum ersten Male wird wohl bald Frankreichs Ministerpräsident in Berlin weilen, um die Aussprache fortzuführen, von der wir alle erhoffen, daß sie konkrete Resultate ergeben wird, die den Jernent für zukünftiges Zusammenwirken bilden können.

Es hat der Feindschaft des Weltkrieges, der Millionen Toten, der großen deutschen Not, der Gefahr weltwirtschaftlichen Zusammen-

Die Erfüllungspolitik des Freiherrn vom Stein

Die schwarzweißbroten Revanchehetzer berufen sich zu Unrecht auf ihn — Von Hermann Wendel

Da dieses Jahr der Verfassungstag im Zeichen des Freiherrn vom Stein stehen soll, bietet sich unserer verantwortungslosen Rechten Gelegenheit zu der gleichen schalen Pötte, die sie schon zu seinem hundertsten Todestag ausgeführt hat. Da tobten die Hefblätter Hugenbergischer und Hittlerischer Observanz gegen den Versuch, den Reformen Preußens zu einem Eideshelfer der Weimarer Verfassung zu machen, und im Preußenparlament redete sich sogar ein knirschtiger Richtswisser schwarzweißbroter Couleur, weil Severing aus dem Reichsfreiherrn einen Sozialdemokraten gemacht habe. In Wahrheit ist solcher oder ähnlicher Unfinn niemand eingefallen; die sozialdemokratische Presse hat durchaus nicht verschwiegen, wie Steins Gesicht nicht nur der Zukunft, sondern auch der Vergangenheit zugekehrt war; wären die sozusagen geistigen Führer des Hakenkreuzklimbims nicht durch die Bank ausgesprochene Analphabeten, hätten sie Franz Mehring anführen können, der schon 1912 in der „Wiederherstellung mittelalterlicher Korporativbildungen auf moderner Grundlage“ den Kern von Steins Weltanschauung sah und betonte: „Über den häßlichen Staat ist er nie hinausgekommen, und nichts ist verkehrter, als wenn ihn der heutige Liberalismus zu seinen Heiligen zählt.“

Dafür heißt es den Talsachen brutalste Gewalt antun, will man Stein, wie es die „Deutsche Zeitung“ unternimmt, als „ausgesprochen völkisch im Sinne der heutigen nationalen Rechten“ hinstellen oder sich gar zu der Behauptung versteigen, daß „all die großen Gedanken Steins

im Nationalsozialismus ihre glanzvolle Auferstehung

gefunden“ hätten; dasselbe Blatt, natürlich der „Völkische Beobachter“, bel dem neulich Hans Reimann mit Recht anfragte, wann endlich er denn eine Ausgabe für Erwachsene herausbringe, hat die Stirn, auszusprechen, Stein sei für die Gegenwart in der Gestalt Hitlers lebendig geworden. Stein und Hitler — warum nicht? Es ist nur ein kleiner Unterschied, etwa wie der zwischen Immanuel Kant und dem „Weißentöse“-Propheeten Weihenberg!

Aber Talsachen, an Talsachen waren die Festartikel des „Völkischen Beobachters“, des „Angriffs“, der „Deutschen Zeitung“ und der „Kreuz-Zeitung“ merkwürdig arm. Ein paar knappe Schlagworte wie Bauernbefreiung und Städteordnung, aber nichts vom wahren Werk und Wesen Steins, dessen Bild in dem üblichen Phrasennebel verschwand. Verständlich genug! Denn so oft ist den Nachläufern der Hakenkreuzfahne das Preußen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. als Ideal verkündet worden, daß man ihnen schon verheimlichen muß, wie Stein diesen in der Trennung der Stände und in der obliquen Beschränkung einflussreicher Kommissariate mit seiner übermütigen Herrenkaste, dem Geburtsadel, und seinen stumm luschenden Untertanen verneinte und verworf und von Grund auf umzukrempeln strebte. Auch der Versuch, Steins Reformideen zu den „Artslehren des Westens“, zu den Leitgedanken der Großen Revolution in strikter Gegenlage zu bringen, rechnet mit Lesern, die vom Wesen dieser Reform im einzelnen nichts erfuhren. Denn was anderes als

ein starker Widerhall des Jahres 1789

war seine Forderung: „Man muß die Nation daran gewöhnen, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus jenem Zustande der Kindheit hinauszutreten, in dem eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten will!“ Mit Fug sagt Steins tiefgründigster Biograph, Max Lehmann:

„Was es nicht die Sprache der Menschenrechte, wenn er gegen Unterdrückung und für Freiheit, Selbständigkeit, Eigentum, Schutz der Rechte seine Stimme erhob? Er stimmte mit den Franzosen überein in der Tendenz auf Emanzipation des Bauernstandes, auf Befreiung von Gewerbe und Handel, auf Egalisierung der Steuern, in dem Prinzip der Einkommensteuer, in der Trennung von Justiz und Verwaltung, in der Befreiung der Patrimonialgerichtsbarkeit, in der Abneigung gegen die Zünfte, in der Annahme des territorialen Einteilungsprinzips für die Verwaltung wie für die Gerichtsbarkeit. Nicht minder in der Zentralisierung dessen, was dem Staat und der Bürokratie verbleiben sollte, also in der Organisation der Ministerien, der Aufhebung der Binnenzölle und der Errichtung von Grenzzöllen, der Kreierung einer Generalstaatskasse. Für letztere zitierte er geradezu die Protokolle der Nationalversammlung.“

Ja, es hatte schon seine Gründe, wenn jene Schichten, die sich heute im Lager der „Kreuz-Zeitung“, der „Deutschen Zeitung“ und des „Völkischen Beobachters“ sammeln, die Anhänger des Ewiggestrigen, die Abhänger des Reuen, die Junter und Juntergenossen Stein wie die Pest haßten, und wenn der Minister v. Bock in ihrem Namen die Reformen bei Friedrich Wilhelm III. als Demokraten, als Reformator einer konstitutionellen Monarchie, als Anhänger der Prinzipien der Pariser Konstitution anführte. Nur — pff! pff! — davon dürfen die Leser der rechtsradikalen Blätter ebensovienig vernehmen wie von der dumpfen Abneigung, mit der der hochzöllner Stein als einen „widerpenstigen, trohigen, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener“ verfolgte oder von den niedrigen Rängen, mit denen die preußische Luise zum Sturz des unbehaglichen Staatsmannes beitrug. Um den monarchistischen Reorderer, die auf Hugenberg und Hitler schwören, nicht zu reizen, fehlt selbstverständlich auch Steins mannhaftes Wort gegen „das Lumpengefindel der deutschen Fürsten“, und in „Deutscher Zeitung“, „Angriff“ und „Völkischem Beobachter“ prangt zwar der berühmte Ausspruch des Reformers: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland“, aber der nicht minder bedeutungsvolle Nachsatz: „Wie sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwürdigung vollkommen gleichgültig“ wird von allen drei Blättern gewissenhaft unterschlagen.

Vor allem aber dient Stein den gewerbsmäßigen Hetzern auf der Rechten dazu, die auswärtige Politik der Männer, die sich als Konfessionsverwalter einer durch die Hohenzollern bankerott gewordenen Firma seit 1918 redlich zu mühen hatten, in den Schmutz zu ziehen; das geschieht mehr oder minder deutlich in all diesen Festartikeln. Befriedigt kommt, hat er sie verdaut, der schwarzweißbrote Spiehbürger an seinen Stammtisch: Der Stein — das war doch noch ein Kerl, der den Franzosen die Zähne zeigte! Nicht so ein Schlammmacher wie der Stresemann, der mit tschechischem Gold gefaßt war und den man hätte an die Wand stellen sollen!

Wie hätte man an diesen Stammtischen erst Geister verspricht, wenn Stresemann etwa auf Poincarés Empfehlung zum Minister ernannt worden wäre! Nun, der Freiherr vom Stein war, als es nach dem kläglichen Zusammenbruch des preußischen Staates 1807 galt, einen „Schmachtrieden“ abzuschließen,

der Kandidat Napoleons,

dem General Clarke als französischer Gouverneur von Berlin gemeldet hatte, jener habe wegen seiner Befestigungen im westlichen Deutschland Anlaß, sich mit den Franzosen nicht schlecht zu stellen; auch noch Anfang 1808 hatte der Bonaparte für den preußischen Minister Worte des Lobes. Denn wie verhielt sich Stein, als er durch seine Berufung und durch seine Willenstraft der mächtigste Mann in dem Preußen wurde, das ohnmächtig zu Füßen Frankreichs lag? Zeigte er sich nach dem „völkischen“ Rezept von heute „unbeugsam“ und „ehern“? Hatte er nur „ein eingeschlossenes Rein“ für alle französischen Forderungen? Bewahre! Die napoleonischen Truppen hielten ganz Preußen bis auf Litauen und Ostpreußen rechts der Passarge besetzt und machten ihren Abzug von der Zahlung phantastischer Summen abhängig; erst waren es 73, dann 120, am Ende 154,3 Millionen Franken, die der Sieger aus dem verarmten Lande herauszufuttern dachte. Erklärte Stein nun nach berühmten Mustern großspurig: „Wir verweigern die Tribute! Wägen die Franzosen so lange in Preußen bleiben, bis sie schwarz werden!“ Es fiel ihm nicht im Traum ein, Vielmehr bemerkte er in klarer Erkenntnis der traurigen Sachlage in dem Schreiben an den König, mit dem er seine Ernennung zum Minister annahm,

das Dringendste schein ihm die Befriedigung der französischen Forderungen.

Die Räumung der besetzten Gebiete war ihm auch das höchste Geldopfer wert, denn um nichts weniger als den Bestand des Staates ging es, und nur ein vollendeter Narr konnte daran denken, den „Starren“ und „Unbeugsamen“ zu spielen. Allerdings mühte sich Stein, teils durch Widerspruch, teils durch Ueberredung, teils durch Nachgiebigkeit die erprellerischen Forderungen herabzujuchrauben; er zog alle Register, die bei solchen Verhandlungen zu ziehen sind; er wandte das psychologische Verfahren an und tat das genaue Gegenteil dessen, was die aller Psychologie ferne Engstirnigkeit unserer nationalistischen Desperados heißt, wenn sein Biograph Lehmann feststellt: „Indem Stein dem Widerlacher in die Bindungen seines Gedankenganges folgte, suchte er ihn dialektisch zu überwinden.“ So legte er es darauf an, dem französischen Generalintendanten Daru begreiflich zu machen, daß Preußen, vom Druck der Besetzung befreit und dem normalen Leben wiedergegeben, weit eher das Bestmögliche zahlen könne. Um jeden Posten feilschte und markierte er, statt einfach auf den Tisch zu schlagen und zu brüllen: Rein! Wochen und Monate, bis er schließlich im Februar 1808 die Höhe der französischen Forderungen anerkannte und Zahlung innerhalb eines Jahres zusagte. Auch in Punkten, für deren Aenderung er sich mit jeder Faser seines Wesens einsetzte, gab er am Ende nach, wenn der übermächtige Gegner nicht zu erweichen war; die Abtretung von Staatsdomänen als Pfand für die Tribute bezeichnete er als durchaus unannehmbar, aber dem König schrieb er zugleich, es sei ratsamer, den verlangten Betrag „an Domänen zu zedieren als den Staat noch ferner in dem Zustand von Auflösung zu lassen, in dem er sich gegenwärtig befindet“. Mit dieser Taktik, mit dieser geradezu geschmeidigen Art, auf die Gedanken des Feindes einzugehen, rettete er nicht nur die Domänen, sondern sorgte auch in einer Reihe wichtiger Nebenpunkte seinen Willen durch.

Die junckerlichen und bürokratischen Anhänger des frederizianischen Preußen empfanden nicht nur, wie die Kriegs- und Domänenkammer Mogau, die Requirierung des im Lande stehenden französischen Militärs gegen die Bauern, die auf Grund des Oktoberedicts ihrer Guts herrschaft vorzeitig die Fron den weigerten, sondern boten in der Tat, wie die Oberamtsregierung in Breslau, französische Bajonette gegen das eigene Landvolk

auf. Von solcher nationalen Würdelosigkeit war Stein weit entfernt, aber um Napoleon nicht ohne Not zu reizen, trat er doch den Besatzungstruppen gegenüber sehr leise auf. Als er von dem Generalvikar der Provinz Schlesien, der vor französischer Willkür aus seinem Amtsbereich hatte fliehen müssen, um Schutz gegen Daru angegangen wurde, antwortete er da mit einem Ausbruch des bei unserer „nationalen Opposition“ so beliebten furor teutonico? Er wußte sich zu beherrschen und legte dem Geflüchteten nahe, alle Vorsicht zu beobachten, jeden Zusammenstoß zu vermeiden und ein gutes Einvernehmen mit der Okkupationsmacht zu unterhalten; ebenso empfahl er dem neuen Kommissar für Schlesien, Bismarck, „diejenige

Vorsicht und Nachgiebigkeit,

welche die augenblicklichen Verhältnisse als Regeln der Klugheit von selbst gebieten“.

Aber Stein ging noch einen großen Schritt weiter. Nichts wissen wollte er zwar von der Absicht der Königin, nach Paris zu reisen, um den „gekronten Emporkömmling“ mit dem ganzen Aufgebot ihrer fraulichen Liebenswürdigkeit milde zu stimmen, aber er schickte den Prinzen Wilhelm, Bruder des Königs, in die französische Hauptstadt. Er baute darauf, daß es dem Imperator schmeicheln werde, auch einen leibhaftigen Hohenzollern in seinem Vorzimmer von einem Fuß auf den anderen treten zu sehen; darum erhielt der Prinz den gemessenen Auftrag, auch der Kaiserin Daphine, die von den Västermäulern des Potsdamer Hofes als leichtfertiges Frauenzimmer verpörrt worden, Schöpfung und ihr von der tugendhaften Königin Luise Verbindliches auszurichten. Als handfestes Würdigung ließ Stein aber durch den Prinzen dem Kaiser ein enges Schutz- und Trutzbündnis zwischen Frankreich und Preußen anbieten. Napoleon sollte über 30 000 bis 40 000 Mann preußischer Truppen nach Belieben, selbst in der Türkei, verfügen dürfen und dafür die Kontributionen mindern, für den Rest billige Zahlungsfristen zugestehen, die besetzten Gebiete räumen und eine territoriale Entschädigung, am liebsten auf dem linken Elbufer, gewähren. Im äußersten Notfall war, um diesen Vorschlag solid zu unternehmen, Friedrich Wilhelm III. sogar bereit, dem verhaßten Rheinbund beizutreten.

Und dieses Angebot war nicht etwa eine Finte, um Steins wahre Revanchepläne zu verdecken. Nein, er glaubte eine Weile fest an die Möglichkeit dieser preußisch-französischen Verbindung. „Wir müssen“, schrieb er an Alexander v. Humboldt, „durchaus die Linie innehalten, die wir uns vorgeschrieben haben: daß wir versuchen,

Preußen durch Frankreich wieder emporzubringen

und das Vertrauen Napoleons zu gewinnen“. Noch nach dem Mißerfolg der Pariser Prinzenreise sann Stein über Mittel, „um ein dauerhaftes Verhältnis mit Frankreich zu begründen“; ihm blieben deshalb Vorwürfe nicht erspart, daß er sich, wie der Kabinettsrat v. Beyme Friedrich Wilhelm zuflüsterte, von den Franzosen dazu brauchen lasse, die Hindernisse, die sie nicht besiegen könnten, durch seine Autorität aus dem Wege zu schaffen; der König habe in Berlin keinen Minister, sondern nur einen Bevollmächtigten, der sich aber von den Franzosen gegen das Interesse des Königs brauchen lasse.

Aber Beyme war zahn und lahm im Vergleich zu den hysterischen Schreihälsen hinter Hugenberg und Hitler, denn die klare und unzweideutige Erfüllungspolitik, die Stein solange betrieb, bis er einsah, daß mit dem Nachwahn Napoleons kein Auskommen war, hätten sie mit denselben Rotwürfen quittiert, mit denen sie die republikanischen Staatsmänner seit 1918 bedenkten: Agent Frankreichs! Er besorgt die Geschäfte des Feindbundes! Er ist als Kronvogel der Feinde reif für den Galgen! Legt den Schwut um! Ja, der Freiherr vom Stein der Erfüllungspolitik wäre heutzutage wahrscheinlich dem Schicksal Erzbergers und Rathenaus nicht entgangen.

Die heiligsten Güter

Ein neues Buch von Ilja Ehrenburg

„Roman der großen Interessen“ lautet der Untertitel des von Hans Ruoff scheidlich meisterlich übersehten neuen Romans Ilja Ehrenburgs. Diese „großen Interessen“ sind sowohl Streichhölzer als auch Wolle, Baumwolle, Leder, Kunstseide, Holz und Giftgas, das „schwerer ist als Luft“. Die großen Interessen — die Interessen des Weltkapitalismus im allgemeinen, Welthandel, der nichts anderes ist, als Schiebung großen Stills, Handelskrieg, der in den finsternen Minengängen der Diplomatie, wohin keines sterblichen Staatsbürgers Auge dringt, ausgefochten wird. Wir wissen, daß alle diese Kriege, die in Konferenzzimmern an grünen bespannten Tischen, Hotelpfeisefalen, Luxusjügen und wo immer auch diese Weltkaufleute zum verächtlichen Schlag gegen den Konkurrenten ausholen, eines Tages in einen Waffenkrieg ausarten können, in dem dann nicht mehr Zifferntabellen, sondern Giftgase den „Sieg“ entscheiden. Von den Folgen dieses völkervernichtenden, menschenmordenden Weltkapitalismus weiterleuchtet es in diesem Buche Ehrenburgs, das sich einzig und allein auf Tatsächliches in Wirtschaft und Politik stützt. Nichts ist verschleiert, verbogen oder von „dichterischer Phantastik“ entstellt. Wir alle haben erlebt und erleben stündlich, was sich in Ehrenburgs Roman begibt. Und was „erfunden“ ist, ist so typisch, daß kein Schimmer von „Erfindung“ daran haften bleibt. Selbst daß der Autor seine Akteure unter fiktiven Namen austreten läßt, wirkt weniger als Flucht vor dem Tatsächlichen, sondern als unumgängliche Maßnahme, zu der sich ein Dichter, der mit derartiger Kühnheit in die unmittelbare Gegenwart greift, gezwungen fühlt.

Ob es der Schwede Nilson, der den internationalen Zündholz-

markt beherrscht, ist, ob Vitchev, der tschechische Schuhfabrikant, dessen Rationalisierungsmethoden die Welt in hellen Aufruhr versetzen, ob Sir William, alias Wulf Wainstein, Sohn eines Fließschneiders aus Witebsk, ob Mr. Moran, der englische Platinmagnat — sie alle sind uns wohlbekannt, und ihr Name braucht erst gar nicht genannt zu werden, um uns dadurch erkennenlich gemacht zu werden. Von allen diesen „Heiden“ unserer Tage erzählt das Buch Ehrenburgs mit einer solchen Selbstverständlichkeit und Gegenständlichkeit, daß es einem vor deren Nähe förmlich angst und bange wird. Das ist die Stärke des Romans — aber zugleich auch seine Schwäche. Es ist das alles uns doch zu nah, die Ereignisse sind doch noch ein wenig zu unübersichtlich, als daß man es wagen dürfte, an ihnen objektive Kritik zu üben. Aber Ehrenburg, der weniger kritisiert als berichtet, kommt es auf diese unmittelbare Nähe von Tagesereignissen nicht an. Er schildert sie, stellt sie als nicht wegzuleugnende Tatsachen hin und überläßt dem Leser das Urteil über sie.

Sittenschilderer ihrer Zeit wie Balzac und Zola haben die Ereignisse um sich stärker, menschlicher und zwingender gestaltet; sie standen sozusagen über ihren Zeitgenossen, sie hatten ihre Zeit bereits in sich überwunden. Das erhob sie zu dieser unachadmblichen Größe. Ehrenburg aber ist selbst noch zu viel Zeitgenosse. Man fühlt Unfreiheit, die ihn allzu subjektiv urteilen läßt. Dort aber, wo er über die Ereignisse hinauswächst, das messerscharfe Stilet seiner Satire ansetzt und das Kleid der Zivilisation zerstört, da ist man mehr als interessiert, da packt es, rüttelt einen auf, da schaudert und ekelt es einen — da fühlt man den Dichter Ehrenburg, dem es jetzt nicht mehr allein um die Zeit, sondern um ihre Menschen geht. Indem er sie in ihrer ganzen menschlichen Schwäche und Hilflosigkeit dem Spott preisgibt, erledigt er sie „moralisch“. Das will heißen, er führt uns die Nichtigkeit ihrer Scheingröße, ihres menschenvernichtenden Wertes vor Augen.

Es ist kein leichtes Buch, auch kein sehr erquickliches — es leidet auch an einem Zwiak — aber es fesselt und läßt nicht mehr los.

Friedrich Lichtneker.

*) Ilja Ehrenburg: Die heiligsten Güter. Roman der großen Interessen. Wall-Verlag, Berlin. Preis in Leinen 5,50 Mark, kart. 3,50 Mark.

Berlin sendet:

Schallplattenkonzerte.

Der Pressedienst der Deutschen Welle bringt einen Artikel: „Achtung, Sie hören ein Schallplattenkonzert.“ Darin heißt es:

„Die Schallplattenkonzerte werden oft als eine Art Vorkühler im Programm angesehen, und in manchen Fällen sind sie es ja auch. Man denke z. B. daran, daß ein Redner ohne Benachrichtigung plötzlich wegen Erkrankung fernbleibt, oder es muß eine Programmumstellung vorgenommen werden und es ist notwendig, einen Zeitraum von 10 oder 20 Minuten auszufüllen. In diesen Fällen muß ein Schallplattenkonzert in 2 bis 3 Minuten zusammengestellt werden, wobei noch zu beachten ist, daß es sich einigermassen in den Rahmen des Tagesprogramms einpassen muß. . . Ein ganz anderer kritischer Maßstab muß aber bei der Beurteilung der Schallplattenkonzerte angelegt werden, die als regelmäßige Darbietungen in das Programm eingefügt sind.

Die Deutsche Welle hat in gewissem Sinne ihre Schallplattenkonzerte auf die Kritik aus den Hörerkreisen aufgebaut:

Sie beobachtete sehr sorgfältig das Echo, das auf die täglichen Sendungen, die in der Zeit von 12 und 13 Uhr liegen, einging, prüfte die Stimmen auf den Wert des Inhalts und verwandte die Kritik bei der Programmzusammensetzung. So wurden z. B. besondere Sendungen unter dem Titel „Wunschprogramm“ eingerichtet, die alle jene Darbietungen zu Gehör brachten, die im Laufe eines Monats von den Hörern besonders häufig gefordert wurden. Ein anderer Weg, um den Geschmack der Hörer zu erforschen, waren Sendungen unter dem Titel „Gegenjäh“ oder „Was hören Sie lieber?“ Es muß erwähnt werden, daß die eingehenden Zuschriften oft aufschlussreich und in manchen Fällen wegweisend waren. Grundsätzlich muß natürlich die Sendegesellschaft von sich aus ein Wochen- oder gar Monatsprogramm aufstellen, das nach ganz bestimmten großen Gesichtspunkten zusammengesetzt ist. Leitend ist hierbei natürlich das Moment des Vergleichs. Volkslieder, Kammermusik, Heimatlied und Märche, Potpourris aus Opern und Operetten, Haus- und Salonmusik müssen sorgfältig untereinander abgewogen werden; daneben waren besondere Stunden einzelnen großen Musikern gewidmet, . . . andere Stunden dann wieder den Neuerscheinungen. Das Wochenende blieb regelmäßig der leichteren Musik vorbehalten.

Aber selbst dieser Programmaufbau erwies sich noch nicht als die beste Lösung. Es wurde ein neuer Weg gesucht, der sich auch in kurzer Zeit als der richtige erwies; die tägliche Schallplattenstunde der Deutschen Welle wurde häufig noch einmal geteilt, um der Gefahr der Eintönigkeit zu begegnen. Die erste halbe Stunde bringt dann klassische Werke, der zweite Teil leichte Unterhaltungsmusik, Märche oder Volkslieder. Diese kurze Uebersicht zeigt bereits, daß es der Deutschen Welle nicht daran liegt, in ihren Schallplattenkonzerten nur Unterhaltung zu bieten, sondern daß sie sich immer wieder bemüht, ihre Hörer durch Abwechslungen und Gegenüberstellungen anzuregen und ihnen kleine Hinweise zum Musikverstehen zu geben. Es soll eine gewisse Beurteilungsfähigkeit und Kenntnis der verschiedenen Musikgattungen gefördert werden, sei es durch Gegenüberstellung von beispielsweise deutscher und italienischer Musik oder durch verschiedene Interpretationen des gleichen Wertes durch berühmte Dirigenten.

Der Erfolg ist dieser Aufbauarbeit nicht verjagt geblieben:

forderten früher die Hörerbriefe im allgemeinen moderne Schlager, neue oder alte Walzer, Potpourris aus Operetten oder Märche, so werden in den letzten Monaten in weit größerem Maße Bitten ausgesprochen, die sich auf gute deutsche, leicht verständliche, wertvolle Musik bezogen. Diese Wandlung im Geschmack des Publikums, die ganz unerkennbar festzustellen ist, gewinnt an Wert, wenn man sich einmal kurz klar macht, wer denn eigentlich vormittags die Schallplattenkonzerte abhört. . . Die Hausfrau, . . . in vielen Fällen natürlich auch . . . die Familie, der das Schallplattenkonzert als Tischmusik dient. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir hier durchaus nicht mit dem „konzentrierten“, sondern höchstens mit einem „ausnahmebereiten“ Hörer zu rechnen haben. . . Aus dieser Uebersicht ist z. B. die Teilung der mittäglichen Konzertstunde eingeführt worden, um eine sogenannte schwere Darbietung aufzulockern. . . Die Aufgabe der genannten Schallplattenkonzerte, die übrigens durchaus nicht nur als „Beiwert“ zu werten sind, konnte im Laufe der Zeit immer deutlicher erkannt werden und führte zu einer systematischen, der Zusammensetzung der Hörerschaft angepaßten Programmgestaltung, die teils den Wünschen der Hörer entgegenkommt, teils von sich aus wegweisend und fördernd wirken will.“

Wir geben diese Ausführungen der Schallplattenabteilung so ausführlich wieder, da sie programmatischen Charakter tragen und auch in ihren Schlußfolgerungen von allgemeiner Bedeutung sind. Grundsätzlich wird sich jeder Hörer der Deutschen Welle wohl mit ihnen einverstanden erklären, auch wenn er in Einzelheiten abweichende Wünsche hat — deren Berücksichtigung ja so großzügig zugesagt wird. Einen wesentlichen Einwand fordert nur die Trennung von Haus- und Salonmusik heraus; da nur angenommen werden kann, daß „Salonmusik“ als die in der Musikliteratur gebräuchliche Bezeichnung für kitschige Unterhaltungsmusik gemeint ist, bitte die in dem Artikel gebrauchte Wendung also, daß die Deutsche Welle sich die Aufgabe stelle, die Hörer mit guter und anerkannt schlechter Unterhaltungsmusik zu versorgen. Das soll sie doch lieber nicht tun!

Die gesamte Einstellung zum Schallplattenkonzert, die sich in dem zitierten Aufsatz ausdrückt, entspringt der Programmeigenart der Deutschen Welle und ist für diese sinnvoll. Die Deutsche Welle ist eine Art Rundfunk-Volkshochschule, ein ausgesprochen bildungsreicher neben den anderen Sendern, die wesentlich andere Aufgaben dem Publikum gegenüber haben. Alle musikalischen Darbietungen, soweit sie nicht von musikerläuternden Vorträgen begleitet sind, bedeuten daher für das Programm der Deutschen Welle ein Nebenbei, das zwar selbstverständlich eine möglichst hohe Qualität aufweisen soll, aber doch das Budget nicht allzusehr belasten darf. In diesem Ausnahmefall ist es daher auch berechtigt, Musikdarbietungen aller Art in Schallplattenkonzerten zu bringen.

Für jeden anderen Rundfunksender wäre ein Schallplattenprogramm wie das der Deutschen Welle eine Unmöglichkeit.

Der Rundfunk in Dänemark hat beschlossen, auf alle Schallplattendarbietungen in seinem Programm zu verzichten.

um lebenden Musikern Platz vor dem Mikrophon und damit Verdienst zu schaffen. Damit hat er ein Beispiel gegeben, das hoffentlich recht zahlreiche Nachahmer findet; die Forderung nach Abbau der Schallplattenkonzerte kann heute gar nicht laut und gar nicht oft genug ausgesprochen werden. Nur Darbietungen von besonderer Eigenart, vor allem künstlerisch

besonders hochwertige, sind als Schallplatten-aufführungen berechtigt. Hervorragende Orchester, weltberühmte Solisten, verstorbene große Künstler müssen selbstverständlich immer dem normalen Programm durch das Mittel der Schallplatte eingereiht werden. Die Hörer würden um manchen erlebten Genuß gebracht, sollten sie sich mit dem seltenen Gastspiel eines ganz Großen vor dem Mikrophon ihres Senders begnügen.

Sonst aber haben Schallplattenveranstaltungen heute weniger als je eine Berechtigung im Programm. Trotzdem füllt die Funkstunde heute noch täglich rund vier Stunden damit. Die Schallplattendarbietung am Vormittag „für Versuche und für die Industrie“ bringt in ihrer ersten Hälfte allerdings meist über dem Durchschnitt stehende Platten, die sich durch keine unmittelbar ausgeführte Musik ersetzen lassen. Was dann aber folgt, ist oft ein schauriges Gemisch von kitschigen Schlagern aus den letzten dreißig Jahren. Hier wäre es für die Hörer und für die arbeitslosen Musiker ein Gewinn, wenn man diese Klänge — ebenso wie das tägliche Frühkonzert — durch Darbietungen lebendiger Orchester ersetzte. Ebenso könnte ohne künstlerischen Verlust für die Hörer mindestens zweimal in der Woche das Schallplattenkonzert zwischen zwei und drei durch unmittelbare Musik ersetzt werden. Das würde

keinen Verzicht auf irgendeine in diesen Stunden gesendete Schallplattendarbietung bedeuten; nur die Wiederholungen würden seltener sein.

Der Deutsche Funktechnische Verband stellt mit: „Rundfunkstörung stets rechtswidrig“. Der Inhaber eines Lebensmittelgeschäftes in Berlin führte durch seine elektrische Kühlanlage den Rundfunkempfang. Einer der geschädigten Rundfunkhörer erhob Klage. Das Amtsgericht Berlin-Mitte verurteilte den Störer. Das Landgericht I Berlin wies seine Berufung kostenpflichtig zurück. Die Entscheidung führt aus, daß den Rundfunkhörern gegen Störungen durch elektrische Maschinen und Geräte, wie mit Recht überragend angenommen werde, der Befreiungsanspruch auf Unterlassung zustehe. Von einer Ortsüblichkeit der Störungen könne keine Rede sein.

In einem kürzlich veröffentlichten Urteil hatte das Landgericht Schwerin den Anspruch des Rundfunkhörers auf Störfreiheit von dem früheren Vorhandensein der Rundfunkanlage abhängig gemacht. Das Landgericht Berlin I und über 60 andere Gerichte haben anders geurteilt: nach dem Befreiungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches ist es gleichgültig, ob die Rundfunkanlage früher oder später als die störende Vorrichtung angeschafft ist. Der Störer muß die Störung stets auf seine Kosten beseitigen.“

Tea.

Rechtsfragen des Tages

Sind Renten zurückzuzahlen?

Schlechte Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit lassen viele Rentnern der öffentlichen Fürsorge anheimfallen. Dieser geht aber die Unterhaltspflicht, die vor allem durch das Bürgerliche Gesetzbuch nach Vorauslegung und Inhalt bestimmt wird, vor. Die privatrechtliche Rangordnung des § 1606 BGB. muß grundsätzlich erschöpft sein, bevor die öffentliche Fürsorgepflicht eintritt. Dieser Grundsatz gilt für alle fürsorgereichen Leistungen gleichmäßig. Er besagt, daß die Vorauslegung der fürsorgereichen Leistung nicht gegeben ist, solange die Unterhaltsansprüche erfüllt werden. Geschieht dies nicht, und ist der Grund die Leistungsunfähigkeit des Verpflichteten, so besteht volle Hilfsbedürftigkeit auf der anderen Seite. Liegt aber Leistungsfähigkeit vor und trotzdem Nichterfüllung der Unterhaltspflicht, so kommt für die fürsorgereiche Leistung im Augenblick ebenfalls volle Hilfsbedürftigkeit in Betracht. Dann ist aber eine Veränderung der Rangfolge hinsichtlich der Verpflichtungen eingetreten mit besonderen Rechtsfolgen für die Rückforderung an die Unterhaltspflichtigen.

Der Fürsorgeverband, der infolge der Nichterfüllung der Unterhaltspflicht eintritt, hat einen Erfordernisanspruch an denjenigen, der dem Hilfsbedürftigen auf Grund des BGB. oder eines Unterhaltsvertrages unterhaltspflichtig ist. In Frage kommen Eheleute, Verwandte in gerader Linie (also nicht Geschwister, Stiefeltern, Stiefkinder), ferner der uneheliche Vater und die uneheliche Mutter. Der Erfordernisanspruch steht sowohl dem vorläufigen wie dem endgültig verpflichteten Fürsorgeverband zu, d. h. dem Fürsorgeverband, in dessen Bezirk der Hilfsbedürftige sich bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet, wie dem Fürsorgeverband, in dessen Bezirk der Hilfsbedürftige den „gewöhnlichen Aufenthalt“, das ist im allgemeinen der Wohnsitz, hat. Die Voraussetzungen des Erfordernisanspruches sind dieselben wie beim Unterhaltsanspruch des unterstützten Hilfsbedürftigen selbst. Die Bedürftigkeit muß in den Fällen vorliegen, in denen sie vom Bürgerlichen Gesetzbuch verlangt wird. Auf jeden Fall muß jedoch die volle oder teilweise Leistungsfähigkeit bei dem Verpflichteten gegeben sein.

Nach der maßgebenden Rangordnung des § 1606 BGB. sind Abkömmlinge vor den Verwandten der aufsteigenden Linie (Vater, Mutter, Großeltern), der Vater vor der Mutter unterhaltspflichtig. Der Erfordernisanspruch des Fürsorgeverbandes ist nun zeitlich und der Höhe nach bestimmt. Es muß insbesondere innerhalb des Zeitraums, während dessen die fürsorgereiche Leistung gewährt wird, gleichzeitig auch die privatrechtliche Leistungsfähigkeit des Unter-

haltspflichtigen bestehen. Tritt also die privatrechtliche Leistungsfähigkeit erst während des Laufes der fürsorgereichen Leistung ein, z. B. der Sohn wird erst fünf Monate nach der Unterbringung des Vaters in eine Anstalt erwerbsfähig, so beginnt die Erfordernispflicht erst mit diesem Zeitpunkt. Danach sind z. B. auch schulpflichtige Minderjährige nicht verpflichtet, die für ihre Eltern aufgewandten Fürsorgekosten zu erstatten.

Ferner ist der Erfordernisanspruch der Höhe nach bestimmt. Die tatsächlich durch die Fürsorge aufgewandten Kosten bilden zunächst die Höchstgrenze. Außerdem kann die Erfordernispflicht des Unterhaltspflichtigen niemals höher sein als seine privatrechtliche Unterhaltspflicht, so daß eine zweite Höchstgrenze gezogen ist. Hat also der Fürsorgeverband für den Hilfsbedürftigen monatlich 60 M. aufgewandt, und ist der Unterhaltspflichtige leistungsfähig oder kann nur 5 M. monatlich zahlen, so besteht entweder kein Erfordernisanspruch des Fürsorgeverbandes oder ein solcher nur in Höhe von 5 M. monatlich. Von diesem Grundsatz hat aber § 22 der Fürsorgeverordnung eine Ausnahme gemacht. Kinder sind nämlich nach dem BGB. ihren Eltern gegenüber nicht unterhaltspflichtig, wenn sie bei Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen außerstande sind, ohne Gefährdung ihres standesmäßigen Unterhaltes den Unterhalt zu gewähren. Sie würden dann insoweit auch nicht erfordernispflichtig sein. Ausnahmsweise kann aber der Fürsorgeverband auch in diesem Falle von den Kindern der Hilfsbedürftigen Eltern, jedoch nur unter Berücksichtigung ihres notdürftigen Unterhaltes, Erfordernis auf Aufwendungen verlangen. Der Fürsorgeverband hat also weitergehende Ansprüche als die Eltern selbst.

Dieser besondere Erfordernisanspruch ist durch § 22 der Fürsorgeverordnung jedoch wieder so eingeschränkt, daß diese Erweiterung praktisch wenig Bedeutung hat. Denn die auf diese Weise in Anspruch genommenen Kinder des Unterhaltigen können dem Fürsorgeverband gegebenenfalls mit Erfolg den Einwand entgegensetzen, sie seien wegen Gefährdung ihres standesgemäßen Unterhaltes nicht verpflichtet, ihren eigenen Angehörigen den standesgemäßen Unterhalt zu gewähren, oder durch die Erfordernisleistungen würde ihr Fortkommen oder das ihrer Angehörigen unbillig erschwert.

Für die zwangsweise Befriedigung des Erfordernisanspruches gelten dieselben Bestimmungen, wie für die zwangsweise Befriedigung der Unterhaltsansprüche des Hilfsbedürftigen gegen den Unterhaltspflichtigen, insbesondere auch die Erleichterungen, die das Lohnbeschlagnahmengesetz für die Durchführung von Unterhaltsansprüchen vorsieht, d. h. die sonst gegebenen pfändungsfreien Grenzen sind hier aufgehoben. Magistratsrat Dr. jur. W. Krotoschiner.

WAS DER TAG BRINGT

ERZÄHLT VON YORICK

Der Zigeuner

Der D-Zug hielt mit jähem Ruck, wenige hundert Meter vor der ungarisch-rumänischen Grenze. Als die erschrockenen Fahrgäste aus den Wagen sprangen, bot sich ihnen ein erschütterndes Bild.

Das Jugpersonal umstand eine Gruppe von Menschen, die sich vor dem Zug auf die Schienen gelegt hatte. Erst im letzten Augenblick war es dem Lokomotivführer gelungen, die Maschine zum Stehen zu bringen — um ein Haar wäre der verlorne Zigeuner mit seinen fünf nässlich nassen Kindern überfahren worden.

Aber das habe er gewollt, erzählte der Zigeuner. Denn er wisse nicht, wie er die hungrigen Mäuler ernähren solle; jetzt, nach dem jähen Tode der Mutter, sei er vollkommen ratlos und suche, im Einverständnis mit den Kindern den Tod.

Die Kinder schrien herzzerbrechend. Man sammelte. Es waren viele reiche Leute im Zug. An 500 Mark kamen zusammen. Der Zigeuner weinte vor Freude.

„Das reicht doch vielleicht fürs erste!“ meinte eine Dame — und Dankesworte stammelnd verschwand der Zigeuner, und ratternd verschwand der Zug.

Und nun rechne man:

Sieben D-Zugstrecken hat Rumänien. Macht für den Zigeuner etwa 3500 Mark. Er verdient sie im Zeitraum von einer Woche.

Als die Polizei eingriff, erwischte sie die fünf unbetäubten Kinder. Der Vater verschwand über die immer nahe ungarische Grenze.

Er tat recht daran. Denn Ungarn hat noch viel mehr D-Zugstrecken.

Gauner hatten einen Einfall

Gauner hatten einen neuen Einfall. Gauner aus Bochum-Lehr. Ganz einfach war der Einfall, und das soll immer gut sein. Nämlich sie züchteten Brieftauben. Als die erste Brieftaube fertig ausgebildet war, taten sie sie in ein verschürtes Paket und legten dies einer Guttschifferin in Altenbochum vor die Tür — nächtlieherweise. Am Hals trug das Tier eine Streichholzschachtel, in der Streichholzschachtel lag ein Brief, in dem Briefe stand: „Wenn Sie innerhalb von zwei Tagen dieser Taube nicht 200 Mark mitgeben, geht Ihr Besitz in Flammen auf.“

Die Frau indes bemühte vorerst die Kriminalpolizei. Hier

wurde man zuerst starr vor Staunen — und dann wurde man logisch. Was siegt, sagte man sich, kann man nur liegend verfolgen. Und also telephonierte man mit dem Luftfahrverein Essen-Oberhausen.

Zwei Tage später flog die Taube tatsächlich ab. Aber über ihr freisten schon beim Aufsteigen zwei Flugzeuge, und die Flugzeuge hielten sich an ihre Fesseln. . . nein, an ihre Schwanzfedern und stellten schließlich fest, daß sie in einen Taubenschlag von Bochum-Lehr hineinflug.

Hierhin konnten ihr die Flugzeuge nicht folgen, weil der Erbauer auf die Spannweite von Aeroplanen keine Rücksicht genommen hatte. Aber aus dem einen Flugzeug wurde sie fotografiert, und im anderen wurde von kundiger Hand ein Lageplan des Schlags und des Hauses gezeichnet. Dieser Plan und diese Photographie wurden einem mit Kriminalern besetzten Auto, das an der Stadtgrenze hielt, zugeworfen. Fünf Minuten später wurden zwei Brüder, die Brieftaubenzüchter, verhaftet. Sie leugneten eine Weile — aber man hatte die richtigen!

Gauner hatten einen guten Einfall. Aber die Polizei hatte einen besseren.

Zeitgenössisches

In Columbia, USA., sollte ein Delinquent auf dem elektrischen Stuhl. Die Exekution mußte verschoben werden, weil man den Verurteilten erst von einer Hirnhautentzündung kurieren mußte. Der Hauptgrund für diese zarte Rücksicht auf die Gesundheit des zu Tötenden liegt darin, daß sich über tausend Menschen als Zuschauer für die Hinrichtung gemeldet haben — und Hirnhautentzündung ist ansteckend. . .

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, bildete sich in Chicago eine Vereinigung langer Männer. Die Vereinigung will Baubehörden, Möbelfabrikanten und Hotelbesitzer zwingen, bei den Ausmaßen der Zimmer, Türen, Betten, Bänken und so fort auf die berechtigten Ansprüche etwas lang geratener Mitmenschen Rücksicht zu nehmen. — Der Vorstand dieser Vereinigung weihte kürzlich in Berlin und besuchte eine moderne Kleinwohnung. Ueber seine Eindrücke konnte er sich nicht äußern, weil er nicht durch die Tür kam.

In einer besaglichen Ortschaft kam es zu einer Schlägerei zwischen zwei vereindeten Musikkapellen. Die Instrumente wurden als Waffen benutzt. Es gab über vierzig Verletzte. Besonders soll sich das Schlagzeug hervorgetan haben. . .

Ein Halbdieselmotor für Flugzeuge

Schon seit geraumer Zeit wird daran gearbeitet, das Dieselpinzip auch im Flugmotorenbau zur Anwendung zu bringen. Die Arbeiten haben in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht und teilweise recht zufriedenstellende Ergebnisse im praktischen Flugbetrieb ergeben. Gewiß ist man noch nicht so weit, den Dieselflugmotor in den regelmäßigen Flugdienst einzustellen. Immerhin werden auch in dieser Richtung Versuche angestellt, um weitere Grundlagen für die künftige Entwicklung zu erhalten.

Interessant ist da ein neuer, jetzt in der Schweiz gebauter Halbdieselmotor, von dem Deutschen Dr. Hansen konstruiert, der zur Verwendung für kleine Sport- und Touren-



flugzeuge bestimmt ist. Wie schon aus der Bezeichnung „Halbdiesel“ hervorgeht, handelt es sich bei diesem neuen Motor um keine ausgesprochene Rohölmachine, vielmehr um einen Motor, der, sofern er warm geworden ist, Petroleum und die üblichen Diesellole verarbeitet. Die konstruktive Durchbildung dieses Motors ist recht interessant. Bei dem Statax „S 3“ handelt es sich um einen luftgekühlten Dreizylinder von 80 mm Bohrung, 80 mm Hub und 1200 ccm Zylinderinhalt. Der Motor ist ein hochverdichteter, nach dem Einspritzverfahren arbeitender Zweitakter mit reiner Luftpülung. Mittels eines kleinen Kompressors wird der Brennstoff mit Luft in jeden Zylinder unter verhältnismäßig geringem Druck während des Verdichtungsstages eingeblasen. Jeder Zylinder bildet gemeinsam mit dem Einblaskompressor zusammen ein vollständiges Kraftaggregat.

Angelassen wird der Motor mit Benzin, nachdem er einige Minuten gelaufen und warm geworden ist, genügt zu seinem Betrieb einfaches Lampenpetroleum oder alle Arten von Diesellole. Die Zündung erfolgt dann selbsttätig durch einen im Kompressionsraum auswechselbar angeordneten Glühpunkt. Sobald die Selbstzündung in Funktion tritt, wird die Motordrehzahl um 5 Proz. gesteigert. Die mit drei Ringen versehenen Kolben bestehen aus Silumin. Die Pleueln und Pleuelbolzen sind Chromnickelstahl sind nitriergehärtet. Die Pleueln, Pleuelbolzen und Pleuelstangen sind nadelgelagert, während die Pleuelstangenwelle in Kugellagern läuft. Die Pleuelstangen befinden sich dauernd im Ölbad.

Bei 1200 minütlichen Umdrehungen der Pleuelstange leistet der Motor 40 PS. Die Leistung kann vorübergehend auf 45 bis 50 PS gesteigert werden. Das Gewicht des kompletten Motors beträgt 68 kg (17 kg/PS). Im Normalbetrieb weist er einen Brennstoffverbrauch von etwa 210 g/PS/St und einen Ölverbrauch von etwa 29 g/PS/St auf. Absolute Betriebssicherheit, gleichförmiges Drehmoment, geringer Brennstoffverbrauch und verminderte Brandgefahr sind die besonderen Vorzüge dieses neuen Motors.

Fritz Wittekind.

Mullbinden als Elektroden

Das Schoop'sche Metallspitzverfahren hat jetzt eine neue Anwendung gefunden und zwar im Dienste der Medizin, wie in der Frankfurter wissenschaftlich-technischen Wochenschrift „Die Umschau“ mitgeteilt wird. Bekanntlich können elektrische Wechselströme von sehr hoher Wechselzahl, eine Million und darüber in der Sekunde, durch den menschlichen Körper geleitet werden, ohne daß dieser irgendwelche elektrischen Reizerscheinungen spürt und ohne daß irgendwelche Schädigungen entstehen. Ströme von hoher Spannung und großer Stärke, die in anderer Form sehr schädlich, ja lebensgefährlich wirken, können bei so hoher Wechselzahl ganz unbedenklich durch den menschlichen Körper geschickt werden. Hierfür beruht ihre Anwendung in der Medizin. Sie werden dort Diathermieströme genannt, weil der größte Teil des Stroms in die Tiefe dringt und sich auf seinem Wege in allen durchströmten Geweben in Wärme umsetzt und so den Körper innerlich durchwärmt. Eine üble Nebenwirkung ist aber, daß bei lockerem Anlegen und schlechter Befestigung der Elektroden schmerzhaft Verbrennungen der Haut entstehen, was man durch mannigfache Veränderungen der Form der Elektroden zu vermeiden gesucht hat, ohne doch den gewünschten Zweck, das glatte Anschließen der Elektroden an die Haut, völlig zu erreichen. Nun sind Dr. W. H. Schoop und Dr. med. J. v. Ries gelegentlich einer Untersuchung über diesen Uebelstand auf den Gedanken gekommen, die Binden, mittels deren die gebräuchlichen Elektroden an den verschiedenen Körperstellen befestigt werden, selbst zu Elektroden zu machen, indem man sie durch das Schoop'sche Verfahren metallisiert. Bei diesem Verfahren wird Metall, das durch starkes Erhitzen flüchtig geworden ist, aus der Metallspitzpistole in überaus feiner Zerstäubung auf den zu metallisierenden Stoff (Zellulose, Papier, Textilgewebe u. dergl.) gesprüht. Die äußerst feinen Metallteilchen dringen hierbei in das Innere des Gewebes und überziehen jede einzelne Faser, die dadurch elektrisch leitend wird.

Das europäische Großkraftnetz

Strom in allen Staaten für alle Staaten

Das Internationale Arbeitsamt hat den Bau des europäischen Großkraftnetzes in das Programm zur internationalen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgenommen.

Der von Dr.-Ing. Oliven der Weitzkraftkonferenz in Berlin unterbreitete Vorschlag eines europäischen Großkraftnetzes gehört zu den bemerkenswertesten Resultaten der Forschung auf dem Gebiete der Energieversorgung. Der Vorschlag behandelt die Verbindung aller europäischen Länder durch ein einheitliches Großkraftnetz, das den Austausch und die Verteilung elektrischer Energie zwischen den Ländern ermöglichen soll. Die Weitzkonferenz hat diesem Vorschlag größte Aufmerksamkeit gezollt.

Gegenwärtig ist die Versorgung mit elektrischem Strom auf die einzelnen, durch politische Grenzen voneinander abgesperrten Länder beschränkt. Nach unseren heutigen Vorstellungen — ein unrationeller Aufbau, er entspricht aber der historischen Entwicklung der Staaten und der Wirtschaftskräfte. Mit der zunehmenden Bedeutung der Weltwirtschaft als Wirtschaftskraft für die europäischen Länder werden Austausch und Ausgleich von elektrischer Energie über die Grenzen hinaus zu der gleichen Notwendigkeit, wie der Austausch anderer Güter.

Wo liegen die Schwierigkeiten? Eisenbahn, Post, Telegraph, Telefon, Radio beweisen, daß eine Verbindung der Länder sich erreichen läßt, und daß die finanzielle Abrechnung der Kostenanteile zur Zufriedenheit aller Beteiligten organisiert werden kann. Von technischer Seite besteht gleichfalls die Möglichkeit, ein Europanez zu schaffen, nachdem 200 000 Volt Übertragungsspannung bereits gebräuchlich sind und Leitungen für die doppelte Spannung gebaut werden können. In geringem Umfange ist der Energieaustausch zwischen einzelnen Ländern bereits in Vorbereitung, und in den Ländern selbst erfolgen Zusammenschlüsse von Landesnetzen zu größeren Systemen zur gegenseitigen Ausschilfe und zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Anlagen. Die Idee der Gemeinsamkeit der elektrischen Energie hat festen Boden in der Wirklichkeit. Die Schwierigkeiten liegen vorwiegend auf politischem Gebiet. Für das großartige Projekt fehlt vorläufig die gesicherte internationale Basis einer zuverlässigen Verständigung. Es ist aber zu hoffen, daß die nächste Zukunft dem Projekt die Wege ebnet wird.

Der Oliven'sche Plan eines europäischen Kraftnetzes sieht fünf Großkraftlinien vor: drei verlaufen von Norden nach Süden, zwei von Osten nach Westen. Von den Nord-Südlinien führt die eine in etwa 3000 Kilometer Weg von den Wasserkräften Skandinaviens über Hamburg, Berlin, das mittlereuropäische Braunkohlengebiet zu den Wasserkräften der Hochalpen und der Brennerstraße folgend, nach Italien, wo die Kohlenreserven in Genua vergrößert werden. Die zweite Linie (etwa 2100 Kilometer) führt in Galais ein großes Kohlenkraftwerk vor (Kohle aus England, Nordfrankreich und Belgien mit billiger Fracht) und geht von dort über Paris zu den Wasserkräften im Rhonegebiet und weiter zur Mittelmeerküste und nach Spanien. In Saragossa

findet sie Anschluß an Wasserkräfte und geht dann nach Madrid und Lissabon, das für europäische Kohle günstig liegt. Für die dritte Linie ist folgender Weg gedacht: Von Warschau über das deutsch-polnische Kohlengebiet durch die Tschechoslowakei nach Wien und über die österreichischen Wasserkräfte nach Jugoslawien, wo die Wasserkräfte an der Dalmatischen Küste einverleibt werden. Länge etwa 1500 Kilometer.

Die beiden Ost-Westlinien kreuzen alle Nord-Südlinien und sind an diese angeschlossen. Sie verlaufen folgendermaßen: Die eine führt im deutsch-polnischen Kohlengebiet ein, eventuell mit Anschluß an das galizische Erdöl, geht über die niederschlesischen Kohlenfelder zur mitteldeutschen Braunkohle bei Halle und weiter nach Westdeutschland, über das Ruhrgebiet und nach Paris. Die Linie ist 1200 Kilometer lang. Die andere, von 3000 Kilometer Länge, beginnt in Kozlow im Donez-Kohlengbiet, benutzte die Dniepr-Wasserkräfte bei Alexandrowitz und läuft nach Odessa, wo sie in einem zu errichtenden Großkraftwerk für tausendfaches Öl-Unterstützung findet. Der Weg führt dann über das rumänische Erdölgebiet, in Bukarest kann eine Energieleitung nach Bulgarien und nach der Türkei abgezweigt werden. Weiter geht es zu den Wasserkräften der Donau am Eisernen Tor, über Budapest, Wien, die Alpen und endet bei Lyon an der linken Nord-Südlinie.

In diesem Netz soll die elektrische Energie als Drehstrom von 400 000 Volt Spannung transportiert werden. Jemalig wären Leistungen von 450 000 Kilowatt auf 1000 Kilometer Entfernung zu übertragen.

Die für das europäische Netz erforderlichen finanziellen Mittel sind — gemessen an den Vorstellungen eines einzelnen Landes — natürlicherweise sehr groß. Der Bau der Leitungen, der Phasenschieberstationen und der Umspannwerke zu den Landesnetzen erfordert annähernd 2 Milliarden Mark, dazu kommen die Kosten des Kapitaldienstes, die Betriebs- und Unterhaltungskosten und die Kosten der Übertragungsverluste. Dr. Oliven hält aber eine internationale Anleihe mit 4% Proz. Verzinsung einschließlich Amortisation für möglich und errechnet bei 5000 Benutzungsstunden im Jahr die Kilowattstunde an den Anschlußstellen der Bezirksnetze alles in allem mit 1,5 bis 1,6 Pfennig, was eine enorme Verbilligung des elektrischen Stromes bedeutet und allein schon die Verwirklichung des Planes rechtfertigen würde.

Die übrigen Vorteile des Europanezes können des Raumes wegen hier nur angedeutet werden. Alle vorhandenen Kraftquellen werden in das Netz einbezogen, drohende werden mit Leichtigkeit angeschlossen, von jeder Stelle des Netzes kann an jede andere Energie abgegeben werden, der Ausgleich ist vollkommen, die Belastung kann stets reguliert werden, die Spitzenleistungen abgeflacht, die Benutzungsdauer der Höchstleistung erhöht werden u. a. m., was zum höchsten Grade der Wirtschaftlichkeit in der Energieerzeugung, Verteilung und Verbrauch führen wird.

Ing. S. Michelson.

Technisches Allerlei

Wie man früher Messing machte

Die Messingherstellung, wie wir sie heute kennen, ist gerade 150 Jahre alt. Ein Engländer, James Emerson, erhielt am 13. Juli 1781 ein Patent auf das Zusammenhmelzen von Kupfer und metallischem Zink zum Zwecke der Messinggewinnung.

Obwohl Kupfer-Zinklegierungen schon im Altertum bekannt waren, wie Untersuchungen von Münzen aus der Zeit Kaiser Neros und Hadrians gezeigt haben und auch das bereits von Plinius mit Dreischalkos und Kurichalkum bezeichnete Metall eine solche Legierung gewesen sein soll, wußte man nichts von metallischem Zink. Zink, Zinkerze, hauptsächlich kohlenstoffreiches Zinkoxyd, gewöhnlich Galmei genannt, waren der Stoff, der, in zerfeinertem Zustande, zu 5 Teilen unter Zugabe von 2 Teilen Kohlenstaub mit 3 Teilen ebenfalls zerfeinertem Kupfer in eisernen Tiegeln zusammenschmolzen wurde. Der Zusatz von Kohle bezweckt, das Zinkoxyd zu reduzieren, d. h. ihm den gebundenen Sauerstoff zu entziehen, so daß sich in der Schmelze metallisches Zink bildet, das mit dem Kupfer eine Legierung eingeht. Nach etwa zwölftündiger Schmelzdauer wurde das Metall in eine vorher angewärmte Sandgrube vor dem Ofen ausgegossen und gleich nach dem Erstarren, in noch heißem Zustande, zerhauen. Das so gewonnene Stümmelstück oder Rohmessing mit etwa 20 Prozent Zinkgehalt kam in den Handel und wurde von den Selbstgebern je nach Bedarf ein zweites Mal mit altem Messing oder Messingabfall unter Zufuhr von Kupfer und Kohlenstaub zu der gerade benötigten Legierung zusammenschmolzen. Bekannt ist ein „Messingwert“ des Nürnberger Erasmus Ebener in Goslar um 1550, ein anderes in Reichraming (Oberösterreich) um 1600 und die Gründung eines Messingwertes in Bristol im Jahre 1712.

E. H.

Geschweißte Metalle

Auf geäußerte Wünsche aus der Industrie hin wurde im Verein Deutscher Ingenieure vor sieben Jahren eine Organisation gebildet, die die beim Schweißen von Nichtstahlmetallen auftretenden wissenschaftlichen und technischen Fragen näher prüfen und erforschen sollte. Vor einigen Tage wurde aus den einzelnen Abteilungen über die beim Schweißen von Kupfer, Nickel und Aluminium erzielten Fortschritte berichtet. Oberbaurat Weese von der Reichsbahn führte über die Kupferschweißung aus, daß sie zufolge der starken Wärmeleitung des Kupfers ein besonderes Gepräge hat, die Flamme muß dem Kupfer von beiden Seiten zugeführt werden. Ferner hat geschweißtes Kupfer nur eine geringe Festigkeit, die sich aber durch Hämmern sehr beträchtlich steigern läßt. Im Betriebe verändert sich das Kupfer und auch seine Schweißbarkeit; es wäre daher wünschenswert, die Schweißbarkeit von Kupferstäben verschiedener Herkunft näher zu erforschen und ebenso die Veränderung der Schweißbarkeit des Kupfers durch die Feuergase. Die jetzt vorliegenden Erfahrungen mit geschweißten Feuerbüchsen sind so gute, daß man unbedenklich sagen kann: Die Zeit scheint gekommen,

die gezielten Feuerbüchsen ganz zu verlassen und als durch die Technik überholt zu bezeichnen. Ein zweites großes Anwendungsgebiet der Kupferschweißung ist der chemische Apparatebau. Auch hier ist man jetzt dazu übergegangen, bei Ausbesserungen mangelhafte Nietnähte zu ersetzen. Ein Bedenken ist freilich, daß man sich hierbei weniger leicht wie bei Nietnähten von der Güte der Arbeit des Schweißers überzeugen kann und daher ein sehr gut ausgebildetes zuverlässiges Personal braucht. Doch gibt die Röntgenuntersuchung ein gutes Mittel zur Nachprüfung. Auch von der Verwendung geschweißten Nickels und geschweißten Aluminiums im Apparatebau konnte Günstiges berichtet werden. In der chemischen Industrie hat sie bereits einen großen Umfang angenommen und nimmt noch beständig zu.

Bl.

„Festellan“ statt Porzellan

Seit zwei Jahrzehnten wird das Kunstharz in der Elektrotechnik als vorzügliches Isoliermaterial verwendet. Doch erst seit dem Kriege ist eine eigene, Kunstharz herstellende und verarbeitende Industrie geschaffen worden, die zur Zeit in voller Entwicklung ist. Sie begnügt sich heute nicht mehr mit der Anwendung dieses vielfältigen Materials in der Elektrotechnik, sondern erobert sich ständig neue Gebiete. In der allerletzten Zeit hat sie sich nun auch dem Sport und dem Haushalt zugewandt. Farbenprächtige, form schöne Teekannen, Tassen, Dosen, Nischen usw. werden aus Kunstharzpreßmaterial hergestellt, ansprechend durch die glatte, glänzende Oberfläche, hygienisch, da leicht zu reinigen (es ist heiß, wasser- und säurebeständig) und infolge seiner Bruchfestigkeit für diese Zwecke besonders geeignet. Aus der letzteren Eigenschaft erklärt sich sein Name „Festellan“ (im Gegensatz zum Porzellan). Tatsächlich kann man einen Gegenstand aus Festellan ohne Bedenken zu Boden fallen lassen, was bei Waden- und Autofahrten, im Boot, im Zeltlager, aber auch im Garten, in Kinderheimen und Jugendherbergen sehr angenehm „auffallen“ wird. Festellan wird aus Phenol (Karbolsäure) und Formaldehyd hergestellt. Der spröde, bernsteingelbe Harz hat die Eigentümlichkeit, in der Wärme erst zu schmelzen, bei weiterer Erhitzung jedoch in ein unerschmelzbares, unlösliches Produkt überzugehen. Das Kunstharz wird fein gepulvert, mit Holzmehl oder Asbest vermischt und mit Farbstoffen versehen, in erdichte Stahlformen gebracht und unter hohem Druck gepreßt. Das Preßstück verläßt mit bereits hochglänzender Oberfläche, vollkommen fertig, die Form und nur der Preßgrat muß noch entfernt werden.

Vom Kampf gegen die Rundfunkstörungen. Der Stadtrat der bayerischen Stadt Regensburg hat beschlossen, in Zukunft die Genehmigung von Lichtreflexanlagen von der Bedingung abhängig zu machen, daß durch sie der Rundfunkempfang keine Störung erleidet.

